Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Fernsprecher: 17 230. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 15 535 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die einmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Mittwoch, 22. April 1925 | Nummer 17

Heute spricht

der rote Arbeiterkandidat

Ernst Thälmann

5 Uhr im „Volkshaus" in Pirna,
7 Uhr in der „Reichskrone", Dresden-N., Bischofsweg
8 Uhr in Freital im „Sächsischen Wolf"

Außerdem sprechen die Reichstagsabgeordneten **Siegfried Rädel, Ernst Schneller** und der Landtagsabgeordnete **Rudolf Renner**

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Erscheint in Massen zur Kundgebung gegen die monarchistische Gefahr, gegen den Unterdrückungs- und Ausbeutungsfeldzug der Schwerindustrie. Gegen den Massenschlächter **Hindenburg**, den Ruhrgeldschleber **Marx**! Die Kundgebung muß zu einem gewaltigen Aufmarsch der arbeitenden Massen gegen die reaktionären Pläne des Industriekapitals und seiner Kandidaten **Marx** und **Hindenburg** werden.

Frontkämpfer!

Der Bundespräsident Kamerad **Thälmann** spricht heute abend 7 Uhr in der **„Reichskrone"**. Sämtliche Frontkämpfer erscheinen zum Empfang und zur Begrüßung des Bundespräsidenten. Stellen der einzelnen Distrikte auf den Distriktsstellplätzen 6 Uhr. Kein Kamerad darf fehlen.

Die Bezirksleitung
Die Ortsgruppenleitung Dresden

Zitatenkünste des „Vorwärts"

In seiner gestrigen Morgenausgabe veröffentlicht der „Vorwärts" Auszüge aus dem Wahlmaterial des Reichsblocks und den Nachdruck eines Plakates, das vom Hindenburg-Block herausgegeben wurde. Der „Vorwärts" nutzt das Material in demagogischer Absicht, um in die kommunistische Wählerschaft Verwirrung hineinzutragen. Zu dem Plakat, bei dem ein Zentrumspfaffe die demokratischen und sozialdemokratischen Wähler an einer Kette nachschleift, schreibt der „Vorwärts": „Ihr meint, es sei ein kommunistisches Wahlplakat, das ist nicht richtig. Es ist ein Wahlplakat des Rechtsblocks." Dann: „Die Reaktion weiß, daß ihr nicht für Hindenburg stimmen werdet, versucht deshalb in den nächsten Tagen eure Stimmen für Thälmann zu werben." Aus dem Wahlmaterial zitiert der „Vorwärts", daß der Rechtsblock schrieb, die Sozialdemokraten werden nicht den Pfaffenknecht Marx, sondern eher den Kommunisten Thälmann wählen. Aus diesem Material, das vom Rechtsblock sehr geschickt aufgemacht, dazu dienen soll, die kommunistischen Wähler von Thälmann fortzutreiben, konstruiert der „Vorwärts" ein Zusammenarbeiten von Kommunisten und Monarchisten. Jeder Arbeiter weiß, wie dieses Zusammenarbeiten aussieht. Die Kommunisten gingen nie mit den Monarchisten zusammen, wohl aber die Sozialdemokraten. Die Absicht des Reichsblockmaterials besteht darin, den Kommunisten die Wähler abzutreiben, weil die Parteien des Reichsblocks wissen, daß der einzige Feind des Kapitals die Kommunisten sind. Die Zusammenstellung des Materials ergibt sich also als ein Zusammenarbeiten von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen. Ein Zusammenarbeiten der beiden schwerindustriellen Flügel, in den beiden Lagern Hindenburg und Marx. Die Schwerindustriellen im Reichsblock wollen erreichen, wenn schon nicht Hindenburg, daß dann wenigstens Marx gewählt wird. Gleichzeitig führt der „Vorwärts" dabei ein Manöver, um gegen die kommunistischen Wahlredner zu hetzen. Frech und unverschämt erklärt er: „Die Reichsblockagitatoren treten als Kommunisten verkappt auf, um durch ihre Agitation für Thälmann Hindenburg die Mehrheit zu verschaffen. Kein Arbeiter wird sich durch dieses Halunkenmanöver des „Vorwärts" irreführen lassen. In der Abendausgabe vom selben Tage setzt der „Vorwärts" seinen Wahlschwindel fort. Er zitiert einen Teil aus einer Rede Sinowjews, um die Kandidatur Marx gegen Thälmann zu verteidigen. Der „Vorwärts" erklärt, die KPD. habe diese Ausführungen Sinowjews verschwiegen und leistet sich dazu den Treppenwitz, die Zentrale der KPD. habe Sinowjew unter Zensur gestellt. Dem „Vorwärts" ist jeder Schwindel recht. Einmal kommandiert Sinowjew die ganze Welt, dann stellt ihn eine Sektion unter Zensur. Die Hauptsache ist bei dem „Vorwärts", die urteilslosen Leser der SPD. glauben den Schwindel. Genosse Sinowjew erklärte auf der Sitzung der erweiterten Exekutive:

„Für den Klassenkampf des Proletariats ist die bürgerliche Republik ein günstigerer Boden als die Monarchie, nicht etwa deshalb, weil die Republik angeblich den sozialen Frieden erstrebt, sondern weil diese Staatsform den wirklichen Klassencharakter der Bourgeoisie am deutlichsten aufdeckt. Jetzt wissen wir bereits, daß auch das allgemeine Wahlrecht in den Händen der Bourgeoisie in eine Waffe des Klassenkampfes gegen das Proletariat verwandelt hat. Wir müssen aber auch begreifen, daß das Proletariat bei der Wahl zwischen der bürgerlichen Republik und der Monarchie nicht gleichgültig beiseite stehen darf." Daran knüpft der „Vorwärts" die Schlußfolgerung, die KPD. habe ihre Kandidatur zurückziehen müssen, um den Kampf gegen die Monarchie zu führen. Die Aufrechterhaltung der Kandidatur Thälmann mache die Arbeiter zu Stimmvieh für Hindenburg. Die Sozialdemokraten sind während des Krieges ja schnellstens zu Hindenburg gegangen. Sie werden auch jetzt wieder zu Hindenburg gehen. Der Brief Blocks, die Ausführungen Loebels und die Kundgebungen des Reichsbanners sind die Vorbereitung dazu. Die einzigen, die stets gegen die Monarchie gekämpft haben, waren die Kommunisten. Liebknecht und Luxemburg kämpften gegen die Monarchie, während Ebert und Marx für die Monarchie waren. Die Kommunisten demonstrierten in roten Tagen gegen die Monarchieparade, die Sozialdemokraten unterstützten die Monarchie. Marx ist ein verkappter Monarchist. Die Kommunisten kämpfen gegen Marx und Hindenburg. Sie verlangen die Durchführung der Erfüllung der Mindestforderungen des Proletariats.

Kein Arbeiter fällt auf den Schwindel der SPD.-Presse hinein!

Alle Arbeiter wählen den Arbeiterkandidaten Thälmann!

Ausweisung bulgarischer Studenten

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die 35 verhafteten bulgarischen Studenten sollen aus Deutschland ausgewiesen werden. Hinter diesen Treibereien steht der faschistische bulgarische Gesandte.

Sieg der Arbeiter in Kiel

Kiel, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Streik im Kieler Hafen konnte mit einem Erfolg für die Arbeiterschaft beendet werden.

Metallarbeiterkampf in Breslau

Breslau, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Dreher, Modelltischler und Kupferschmiede sind in einen Teilstreik eingetreten. Sie haben das Unternehmerdiktat abgelehnt, die Unternehmer sind daraufhin zur Aussperrung übergegangen. Ausgesperrt sind 8000 Metallarbeiter, dabei das berüchtigte Werk von Linke und Hoffmann mit 4000 Metallarbeitern. Die rheinische Industrie droht, ebenfalls Aussperrungen vorzunehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Ein ernstes Wort an alle Wahlmüden und sonstigen „Revolutionäre“,

das jeder Arbeiter lesen muß

Es steht fest, daß sich im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl **Hunderttausende von Arbeitern**, die sich **beleidigt** fühlen würden, wollte man sie als indifferent bezeichnen, **der Stimme enthalten** haben. Es ist an Hand eingehender Untersuchungen der letzten Wahlstatistik erwiesen, daß gerade Angehörige jener Arbeiterschichten nicht zur Wahlurne **gegangen** sind, die sonst vorgeben, bereit zu sein, das Letzte zu **wagen** an das Gelingen einer proletarischen Revolution.

Auch über die **Ursache der Stimmenenthaltung** gibt es keine Unklarheit. Thälmann war nur ein „Zählmann“. Das heißt: Viele revolutionäre Arbeiter haben in **katastrophaler** Verkennung der Sachlage die **Bedeutung einer Wahldemonstration unterschätzt.** Bei den Parlamentswahlen, so sagten sich diese Proleten, da kommt wenigstens noch das Resultat in einer ganz bestimmten Anzahl von Abgeordneten zum Ausdruck, aber bei den Präsidentenwahlen ergibt sich nach Sachlage der Dinge nur eine kommunistische Stimmenzählung.

„Nur als eine Zahl, eine Nummer zu gelten, das empört uns in unserer revolutionären Ueberzeugung. Na, wenn es so weit ist, daß es wirklich zu kämpfen gilt, dann sind wir da ...“

Nur eine oberflächliche Betrachtung der Verhältnisse kann zu solchen Trugschlüssen führen. Zunächst: Sind nicht auch parlamentswahlen nur Reden-exempel und Demonstrationen. Darum die Tatsache kommunistischer Parlamentssitze an sich passiert dem kapitalistischen System **noch lange nichts.** Auch Parlamentsergebnisse sind in erster Linie nur ein **Gradmesser für die Reife des Proletariats.** Sie zeigen an, wie groß die Zahl derer ist, die trotz der Irreführung breiter proletarischer Schichten durch die bürgerliche Presse die von der Schwerindustrie bezahlte Propaganda, die Ausnutzung kapitalistischer Staatsorgane für proletarierfeindliche Zwecke usw. **schon bereit** sind, uns die Eroberung **der politischen Macht unter der Führung der Kommunisten zu kämpfen.** Das bedeutet, daß das wesentliche der Parlamentswahlen für das Proletariat darin besteht, daß durch die kommunistische Stimmabgabe jene rote Front des Klassenkampfes sichtbar wird, die durch **außerparlamentarische** Massenaktion den **Kapitalismus direkt anzugreifen und zu** schlagen gewillt ist.

Ist es bei den Reichspräsidentenwahlen wesentlich anders? Bedeuten sie nicht ebenfalls eine Demonstration, das heißt eine **Voraussagung der entscheidenden roten Tat,** in demselben Sinne? Genau so wie wir Kommunisten bei Parlamentswahlen die Wählermassen nie im unklaren gelassen haben, daß die Tatsache der Wahl an sich noch nichts bedeutet, der **dahinter stehende Kampfwille** aber alles, genau so haben wir bei den Präsidentenwahlen nicht einen Augenblick verschwiegen, daß selbst bei einer Wahl des Arbeiters Thälmann die Herrschaft der Kapitalistenklasse fortbestehen müßte, wenn nicht die Massen der Thälmann-Wähler selbst diese in unmittelbarem Machtkampf stürzen würde. Wir haben schon vor dem ersten Wahlgang aufgezeigt, daß **die Bourgeoisie selbst die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte eines Reichspräsidenten Thälmann nicht dulden könnte** und von ihrem Klassenstandpunkt aus auch auf keinen Fall dulden würde. Schon eine **verfassungsmäßige Amnestierung der proletarischen Gefangenen oder eine Entlassung der monarchistischen Elemente der Reichswehr und Bildung dieser durch organisierte Arbeiter,** beispielsweise durch einen Reichspräsidenten Thälmann, würde **von der Bourgeoisie zur Entfesselung des Bürgerkrieges** benutzt werden, und die proletarischen Thälmann-Wähler müßten durch die Waffe in der Hand beweisen, daß sie hinter dem stehen, wofür sie nur durch einen einfachen Stimmzettel friedlich demonstriert haben.

Seien diese Erwägungen grundsätzlicher Natur beweisen, daß diejenigen Arbeiter, die im ersten Wahlgang sich der Stimme enthalten haben und dasselbe womöglich im zweiten Wahlgang zu tun beabsichtigen, **alles andere als besonders „prinzipienfest“ oder „besonders radikal“ sind.** „Revolutionäre“ Arbeiter dieser Sorte sind **bereits von Lenin** in seinem Buch „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ sehr tüchtig gestaupt worden. Solche „revolutionären“ Arbeiter gehören zu jener Kategorie von Wortradikalinskis, die uns beteuern, daß sie schon da sein würden, **„wenn es losgeht“,** die also — um es geradeheraus und drastisch zu sagen — unverschämt genug sind, den **anderen zuzumuten,** sie möchten ihnen die **unangenehme Kleinarbeit und Vorbereitungsarbeit zur Revolution** abnehmen, sie selbst, die „grundsatzfesten Revolutionäre“, sie würden sich schon in das **gemachte Bett der Revolution zu legen** wissen.

Es muß im Zusammenhang mit dem zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl also mit aller Deutlichkeit gesagt werden:

Wer nicht mit demselben Ernst, mit dem er zum Endkampf einst auf die Barrikaden zu steigen gewillt ist, die Stimme für den einzigen Arbeiterkandidaten Thälmann abgibt, der ist nie und nimmer ein Revolutionär,
geschwige **denn ein Kommunist.**

Sieht man vom Grundsätzlichen ab — ist denn **diese bloße** Stimmabgabe, das heißt die bloße Zählkandidatur Thälmanns wirklich ohne jede Bedeutung für diese unmittelbare Gegenwart und nahe Zukunft? Nur Toren, nur Leute, die von Politik keine Ahnung haben, können das bejahen. **In Wirklichkeit hat selbst die bloße Zählkandidatur ihre bestimmte Bedeutung im proletarischen Leben.**

Genau so wie das Proletariat aus Wahlergebnissen bestimmte Schlüsse ziehen kann für seine proletarische Politik, genau so beherzigt selbstverständlich die Bourgeoisie in ihrer praktischen konterrevolutionären Politik Wahlresultate. Es liegt auf der Hand, in **welchem** Sinne die **Kapitalistenklasse** diese Konsequenzen aus Wahlen zieht.

Jede Schlappe des revolutionären Teils des Proletariats bei den Wahlen gibt den kapitalistischen Scharfmachern Veranlassung, **in ihrer Offensive im Sinne des Lohnabbaus, der Arbeitszeitverlängerung, der Vernichtung selbst der winzigsten sozialen Rechte usw. kühner vorzustoßen.** Die Kapitalistenklasse leitet in ihrer Presse — und ihr gehört ja bei weitem die Mehrheit aller Zeitungen — geschickt aus der „Wahlniederlage der Kommunisten“ ihr „demokratisches Recht“ ab, gegen die proletarische Existenz vorzugehen. Die Arbeiter wollten ja „nichts mehr von den Kommunisten wissen“, die Arbeiter seien jetzt „für Ruhe und Ordnung“, die Arbeiter sähen glücklicherweise ein, daß es ohne Opfer „für das Vaterland“ nun einmal nicht gehe.... Darüber hinaus nutzt unser Klassenfeind eine sogenannte Wahlniederlage aus, um in die Reihen des Proletariats Verwirrung, Niedergeschlagenheit hineinzutragen und das **proletarische Selbstvertrauen systematisch zu zerstören.**

Wer sich aus falsch verstandenem Radikalismus der Stimme für Thälmann enthält, der unterstützt das reaktionäre Werk der Zersetzung der proletarischen Kräfte und verrät so seine Klasse.

Welcher Arbeiter wollte seinem gefangenen Bruder nicht helfen? Bis tief in die Reihen der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter ist das Verlangen nach **Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen** lebendig. Den möglichen Erfolg dieser Stimmung für die Amnestie vermag ein kapitalistischer Erfolg bei den Wahlen in Frage zu stellen. Die Kapitalistenklasse wird nur dann in der Amnestiefrage nachgeben, wenn sie das Anschwellen einer roten Gefahr merkt. Wenn sie aber sieht, daß die Arbeiter nicht einmal mit dem Stimmzettel für ihre Ziele eintreten, dann wird sie sich doppelt stark fühlen und wird erst recht die politischen Gefangenen in den Zuchthäusern und den Gefängnissen lassen.

Wer Wahlenthaltung übt in dem Augenblick, wo es durch Thälmanns Wahl für die Amnestie der 7000 politischen Gefangenen zu demonstrieren gilt, der fällt seinen Klassengenossen, die für ihn gekämpft haben und für ihn leiden, in den Rücken.

In dem Augenblick, wo nicht allein Marx auf dem Boden der Dawes-Ausbeutung des deutschen Proletariats steht, sondern wo sich auch Hindenburg von der Entente die Genehmigung zur Annahme eines Reichspräsidentenpostens durch die Loyalitätserklärung im Sinne der Londoner Versklavungsgesetze zu erkaufen sucht, ist es für die Außenpolitik sehr wohl von einer Bedeutung, wie groß die rote Front ist, **die allein gegen die Kolonisierung Deutschlands durch das internationale Kapital kämpft.** Ist die proletarische Klassenfront gegen die Dawes-Ausbeutung nach dem Wahlausfall scheinbar eine kleine, so wird die nationale und internationale Bourgeoisie um so dreister dem gesamten werktätigen Volke alle die ungeheuerlichen Lasten auferlegen, die sich aus den Londoner Kolonialgesetzen und aus dem Garantiepakt ergeben.

Wer nicht für Thälmann an die Wahlurne geht, stärkt die Dawes-Front der Ausbeutung gegen die deutsche Arbeiterklasse, weil jede Stimmenthaltung Hindenburg oder Marx zugute kommt, die beide gleichermaßen die Dawes-Ketten um den geschundenen Leib des Proletariats legen.

Die Versuche, Deutschland in den Völkerbund hineinzubringen, sind bekanntlich nichts anderes als Versuche, **es einzureihen in die Front der kapitalistischen Staaten gegen Sowjet-Rußland** unter der Maske des demokratischen Völkerbundes. Diejenigen Arbeiter, die gegen neue imperialistische Kriege sind, müssen verstehen, daß die internationale Bourgeoisie dann am ehesten von Kriegsgelüsten abläßt, wenn sie befürchtet, daß durch neue angezettelte Kriege das Proletariat zur Revolution veranlaßt wird. Glaubt aber die Kapitalistenklasse, und wenn auch nur durch das äußere Anzeichen einer Wahl Grund zu haben dafür, daß die Klassenfront des Proletariats geschwächt ist, dann ist selbstverständlich jede Kriegsgefahr doppelt und dreifach groß.

Wer sich durch Stimmenthaltung nicht einreiht in die rote Front, der tritt in demselben Augenblick ein in die antibolschewistische Kriegsfront der Imperialisten unter der Maske des Völkerbundes.

Es gibt keinen Arbeiter, der nicht die **monarchistische Gefahr** mit allem Ernst und allem Eifer bekämpfen will. Es besteht hier kein Zweifel, daß der Hindenburg-Verehrer Marx kein ausgesprochener Feind der Monarchie ist, sondern im Höchstfall ein Vernunftsrepublikaner, der auch nicht die leiseste Gewähr dafür bietet, daß er die Republik mit allen Mitteln verteidigen wird. Es ist eine absolute Tatsache, daß **allein die Klassenfront der revolutionären Arbeiter** die monarchistische Gefahr, die durch die Kandidatur Hindenburg signalisiert worden ist, bekämpft.

Wer durch Wegbleiben von der Wahlurne die rote Front äußerlich schwächer macht als sie in Wirklichkeit ist, der reizt die Monarchisten zu um so kühnerem Vorgehen an, der spielt den Monarchisten direkt in die Hände.

In jedem Falle zeigt es sich also, daß eine Stimmenthaltung nichts Revolutionäres ist, sondern immer wieder nur den Klassenfeinden nützt. **Am 26. April darf es also keine Wahlmüdigkeit, darf es keinen falsch verstandenen Radikalismus geben. Am 26. April muß jeder, der es ernst meint mit seinen Klasseninteressen, zur Wahl gehen und für den einzigen Arbeiterkandidaten Thälmann seine Stimme abgeben.**

So

sieht der Stimmzettel des Arbeiterwählers aus:

Paul von Hindenburg Generalfeldmarschall, Hannover	○
Wilhelm Marx Reichskanzler a. D., Berlin	○
Ernst Thälmann Transportarbeiter, Mitgl. d. Reichstags, Hamburg	⊕

Jeder Werktätige macht ein Kreuz auf dem dritten Feld!

Hindenburg für die systematische Vorbereitung der Monarchie

Der Kandidat des Reichsblocks gewährte einem Vertreter der Berliner Hearst-Presse eine Unterredung, in der er seine Ziele und seine Arbeitsabsichten sehr vorsichtig zum Ausdruck brachte.

Auf die Frage des Redakteurs, ob die Wahl Hindenburgs einen neuen Krieg bringen könnte, erklärte der Kandidat des Reichsblocks, daß Deutschland zu einer Kriegführung militärisch zu schwach sei.

Die zweite Frage war etwas verfänglicher, der Ausfrager erkundet: „Ihre Kandidatur wird vielfach **monarchistisch** aufgefaßt. Wie denken Sie darüber?“ **Hindenburg** antwortet: **Einen plötzlichen Wandel der verfassungsmäßigen Grundlagen halte ich weder für möglich, noch für erwünscht.“**

Die Erklärung ist vorsichtig, aber deutlich. Nicht am nächsten Tage nach seiner Wahl, aber so schnell wie nur möglich **soll die Monarchie errichtet werden.** Die Antwort war das offene Bekenntnis zur monarchistischen Restauration.

Unsere Leser, die Arbeiterwähler dürfen aber nicht vergessen, daß der Kandidat des „Volksblocks“ in Königsberg dieselbe Erklärung abgegeben hat. Beide Kandidaten sind die Vertreter der Schwerindustrie, beide sind für die Monarchie.

Die Arbeiter werden den Kampf gegen beide führen und

Thälmann,

den Kandidaten der Roten Front, wählen.

Die Sozialdemokraten, die Freunde Hindenburgs

In einer Versammlung in Breslau-Land sagte Loebe wörtlich:

„Dem greisen Hindenburg rufen wir zu: Deine Freunde führen dich an deinem Lebensabend in einen neuen Krieg, in einen Krieg gegen das eigene Volk, gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands, die du doch einst als deine und deines Volkes treueste Freunde anerkannt hast.“

Die treuesten Freunde Hindenburgs werden sofort wieder mit diesem zusammenarbeiten, wenn er gewählt ist. Loebe baut vor.

Reichsbanner und Hindenburg

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.) Aus dem Aufrufe des Reichsbanners Gau Berlin-Brandenburg entnehmen wir folgendes: **„Wir republikanischen Kriegsteilnehmer stehen auch heute noch unserem alten Heerführer mit derselben Hochachtung gegenüber, die wir während des Krieges empfanden. Nicht gegen den Feldherrn richtet sich unser Kampf. Wir glauben es Hindenburg gern, daß er keinen Krieg, sondern nur das Gute für das Volk will.“**

Reichsbannerüberfall auf Frontkämpfer

Hamborn. Nach einer Kundgebung des Marx-Blocks am Sonntag im Apollo-Theater überfielen 30—40 Reichsbannerleute, mit schweren Eisenstöcken bewaffnet, einige Mitglieder des RFB., die vorher vergeblich versucht hatten, Eintritt in die Versammlung zu erlangen. Die Kameraden setzten sich unbewaffnet zur Wehr. Als die Polizei eingriff, waren schon mehrere Rote Frontkämpfer schwer verletzt. **Trotzdem feststeht,** daß die Kameraden nur aus Notwehr gehandelt haben, verhaftete die Polizei drei von ihnen. Ein Mann wurde freigelassen, die beiden anderen dem Gerichtsgefängnis zugeführt zwecks Eröffnung eines Verfahrens wegen schwerer Körperverletzung.

Die Bayrische Volkspartei geht zu Hindenburg

WTB. München, 21. April. Der Wahlkampf für die Reichspräsidentschaft brachte am heutigen Dienstag drei Kundgebungen des Reichsblocks, in denen Großadmiral von Tirpitz, Reichstagsabgeordneter Schlange-Schöningen und Professor Dr. Spahn für die Kandidatur Hindenburgs sprachen. **Die Bayrische Volkspartei wird in einer Kundgebung am Freitag für die Kandidatur Hindenburgs eintreten.**

Der Krach im Reichsblock

Die Volksblockblätter bringen gestern in großer Aufmachung ein Geheimdokument aus der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes, in der Gegensätze zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aufgezeigt sind. Die Deutschnationalen sind mit ihrem Erfolg, der Aufstellung Hindenburgs, noch nicht zufrieden. Sie führen den Kampf um die schnelle Durchführung der Monarchie. **Für die Arbeitermassen bedeutet dieser häusliche Zank nur eine weitere Steigerung der monarchistischen Gefahr.** Er zeigt zwar die Gegensätze im Lager der Kapitalisten auf, gewährt aber auch einen Einblick darüber, **wie stark die führende Partei der Schwerindustrie von den Deutschnationalen vorangepeitscht wird.**

Republikanische Wahlfreiheit

Thälmann vom Rundfunk ausgeschlossen

Berlin. Die Kommunistische Reichstagsfraktion erhielt heute vom Reichsinnenministerium folgendes Schreiben:

„Reichsministerium des Innern. Berlin, 21. April 1925.
I. 3016.

An die Kommunistische Reichstagsfraktion, Berlin.

Betrifft: das Schreiben vom 18. 4. 1925.

Wie in der von Ihnen angeführten Veröffentlichung mitgeteilt wird, ist nach dem Beschluß der Reichsregierung die Freigabe des Rundfunks zu Ansprachen der Reichspräsidentschaftskandidaten an die Voraussetzung geknüpft, daß die hinter ihnen stehenden Parteien oder Gruppen keine gewaltsame Aenderung der Verfassung anstreben. Da diese Voraussetzung, wie ich aus den Artikeln über diese Angelegenheit in der „Roten Fahne“ vom 17. und 10. April entnahm, bei dem Kandidaten der Kommunistischen Partei nicht vorliegt, sehe ich mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihrem Antrage, Herrn Thälmann am Donnerstag den 23. April die Möglichkeit zu einer Ansprache durch den Rundfunk zu geben, zu entsprechen.

ges. Schiele,
beglaubigt Roack,
Ministerial-Kanzlei-Ober-Sekretär.“

So sieht die vielgepriesene Demokratie aus. Die Burschen, die hier eine Partei von der Propaganda ausschließen, schreien über den Terror der Kommunisten. Ihre Haltung ist der schärfste Terror. Die werktätige Bevölkerung gibt darauf die Antwort am 26. April und

wählt Thälmann.

Die Freidenker für Thälmann

In den größeren Orten des U. B. Hamm fanden am Sonntag Wahlversammlungen statt. **Die Freidenker und Gewerkschaftler forderten auf zur Wahl von Thälmann.** Der Vorstand der Ortsgruppe Freital der Freidenker hat beschlossen, die Freidenker aufzufordern, gegen Marx zu stimmen. Gestern haben die Freidenker im ganzen Plauenschen Grund Plakate angeklebt, in denen aufgefordert wird: **„Kein Freidenker wählt den Zentrumsmann Marx.“**

In Essen nahmen die Freidenker in einer Versammlung eine Entschließung an, die zur Wahl von Thälmann auffordert.

Sie sind weder Republikaner noch Monarchisten, ihr einziger Grundsatz: Profit!

Wilhelm Marx hütet sich in seinen Kundgebungen wie der Teufel vor dem Weihwasser vor dem Worte „Republik“. Er hat in seiner Königsberger Rede sich wohl gegen die gewaltsame Aenderung der Verfassung ausgesprochen, dafür aber ihre allmähliche Abänderung in Aussicht gestellt. Marx ist also — wie linkssozialdemokratische Blätter übrigens vor seiner Aufstellung als SPD.-Kandidat auch schon festgestellt haben — **kein überzeugter Republikaner,** sondern ein **vorsichtiger,** „legaler“ **Monarchist.**

Hindenburg hat in seiner Bierrede in Hannover das Wort „Republik“ ebenso wenig in den Mund genommen wie sein Konkurrent Marx, er hat aber auch von der Monarchie nicht gesprochen. Vielmehr hat er genau wie Marx gesprochen, als Reichspräsident „auf den einmal gegebenen Grundlagen der Verfassung“ das Beste für das „Vaterland“ zu erstreben.

Stresemann scheint demgegenüber noch der beste Republikaner zu sein. In einem Artikel für Hindenburg lehnt er zwar ein „byzantinisches Lippenbekenntnis für die Republik“ ab, erklärt aber:

„Wir werden die republikanische Staatsform“ nicht nur gegen verfassungswidrige Experimente, sondern auch gegen alle diejenigen verteidigen, die etwa glauben, die Frage der Staatsform überhaupt in die Debatte dieser Gegenwart hineintragen zu müssen.“

„Ueber das Thema darf nicht gesprochen werden“, sagt also Stresemann, der Republik-Verteidiger, und Hindenburg steht auf dem Boden der Verfassung. Er bekennt sich so wenig zur Monarchie wie Marx zur Republik. Die Kandidaten der Bourgeoisie, die sich ebensowenig zur Republik als zur Monarchie offen zu bekennen wagen, sind auch darin wahre Vertreter ihrer Klasse. Denn die Bourgeoisie ist in der Tat heute noch zu feige, ihren Willen zur Wiederherstellung der Monarchie offen kund zu tun, aber schon zu frech, um ein Bekenntnis zur Republik nötig zu finden. Für die Bourgeoisie ist die Frage der Staatsform eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Und auch hierin stimmt sie vollkommen mit ihrer Sozialdemokratie überein, die ja auch erklärt hat, daß sie ihre Ziele im Rahmen der Monarchie erreichen kann.

Das klassenbewußte Proletariat sieht nach den Lehren von Marx, Engels und Lenin in der demokratischen Republik, die auch nur eine Unterdrückungsmaschine gegen das Proletariat ist, den nächsten Weg zur Diktatur des Proletariats und kämpft deshalb mit seiner ganzen Kraft gegen die monarchistische Reaktion, aber nicht im Bunde mit bürgerlichen Republikanern, die nur verkappte Monarchisten sind, sondern selbständig als Klasse geeinigt in der roten Front der proletarischen Revolution.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff

Nürnberg, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Demokraten Müller-Meiningen, Geheimrat Hammerschmied und Stolz, demokratische Führer in Südbayern, sind aus der Demokratischen Partei ausgetreten.

Dresden

Hindenburg und Marx geben — „jedem das Seine"

Hunderte von Millionen „nur",
Den Schlotbaronen an Rhein und Ruhr,
Aber denen, die da fronen,
Gibt indes man „blaue Bohnen".

Auch heut noch schiebt man froh und heiter
Immer weiter, immer weiter.
Das Gold fließt über in den Kästen.
Die SPD. schiebt doch am besten.

Die Republik gibt „jedem das Seine".
Dem Reichen das Gold und dir eine Leine.
Du röchelst noch hängend an der Tür:
„Ich kann nicht anders! Gott helfe mir!"

*

Blutiger Wahlterror des Reichsbanners

(Bericht eines Augenzeugen.)

Als am Sonnabend nach Schluß der Marx-Kundgebung das Reichsbanner geschlossen abmarschierte, um das Auto des Herrn Marx zu begleiten, stimmte es das Reichsbannerlied an. Die Arbeiter antworteten auf diese Provokation mit der Internationale. Wie die Wilden stürzten sich die Helden auf die Arbeiter und prügelten mit Knüppel und Fackeln auf die Passanten ein, ohne sich um ihre Zugehörigkeit zu kümmern. Dabei wurde ein Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend blutig geschlagen, das sich nicht an der Reichsbanner-Demonstration beteiligt hatte. Ich konnte den jungen Arbeiter in aller Eile verbinden. Der Verwundete wurde dann auf die Wohlfahrtswache transportiert. Jeder Arbeiter, der diese grölenden Reichsbannerhelden im Kampfe gegen die Arbeiter gesehen hat, wird erkannt haben, daß er und seinesgleichen nichts zu suchen hat in dieser Faschistenorganisation.

Am 26. April wählen alle Frontkämpfer
Ernst Thälmann.

*

Der Kirchenketzer für den Papst

Menke droht, die Gemeinschaft der proletarischen Freidenker zu spalten.

Menke sprach in einer Distriktsversammlung der proletarischen Freidenker Dresden-Neustadt am Montag, den 20. April, über den historischen Materialismus und betrachtete seine Hauptaufgabe darin, den Nachweis zu erbringen, daß wir friedlich in den Sozialismus hineinwachsen.

In der Diskussion sprach Genosse W. und wies an der Hand der Bauernaufstände vom Jahre 1525 und der jetzigen Situation nach, daß nicht nur Aufklärung, sondern verschärfter Klassenkampf gegen die Besitzenden notwendig sei. Er ging weiter auf Marx und Engels ein, die uns gelehrt haben, daß jede Koalition mit den Bürgerlichen zuungunsten des Proletariats ausfalle, und warf die Frage auf, welche Stellung die **proletarischen Freidenker zur Präsidentenwahl** einnehmen sollen. Im Schlußwort griff Menke stark **„die Stellungnahme des Hauptvorstandes der proletarischen Freidenker zur Präsidentenwahl"** an und erklärte, daß es **„mit den Grundsätzen der proletarischen Freidenker unvereinbar"** sei, ein derartiges Rundschreiben herauszugeben. Es wird im Laufe der nächsten Tage ein Aufruf erscheinen, unterzeichnet von seinen Parteianhängern, der aufs schärfste dagegen protestiert. **Sollte sich der Hauptvorstand ähnliches wieder erlauben, so würde er von Ortsgruppe zu Ortsgruppe reisen und zum Austritt aus der proletarischen Freidenkerbewegung auffordern!!!**

Menke versuchte dann die Stellung der SPD. zur Kandidatur des Zentrumspfaffen Marx mit dem historischen Materialismus zu begründen. — Zu was nicht alles ein solch „link—er" Arbeiterverräter imstande ist, der noch vor kurzem vor den Funktionären der eigenen Partei erklärte, „wenn der Parteivorstand sich auf Marx einigt, dann gehe ich nie und nimmer zur Wahlurne", zeigt das Verhalten des „Gottesleugners" Bernhard Menke!

Im weiteren Verlauf der Versammlung begründete die Genossin Keiesa den Standpunkt des Hauptvorstandes der proletarischen Freidenker. Es wurde dann auch ein Rundschreiben verlesen, welches aufforderte zu einer Kirchenaustrittsagitation, die mittels Unterstützung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterpressen durchgeführt werden soll. Hier war typisch ein Zwischenruf eines Funktionärs der SPD.: **„Jetzt kommen sie wieder,** die (SPD. und Gewerkschaften) **werden euch was husten."**

Also gegen Kirchenaustritte sind die SPD.-Leute — Religion ist Privatsache! Na, wer einmal mit Blindheit geschlagen ist, dem ist nicht zu helfen!

*

Sozialdemokratische Wahlmache

Die Stiefelputzer der Bourgeoisie, die Zentrumsdiener von der Sozialdemokratie, haben sich nach dem Allerhand-Professor Kunfy, dem katholischen Schwerindustriellen Marx, nunmehr für die letzte Stunde vor dem Wahltag den

Reichstagsmaulkorbpräsidenten Paul Löbe

verschrieben. Nach Marx und Hindenburg will auch die „linke" SPD. mit ihrem „rechten" Löbe ihre Zirkusvorstellung haben. **Der Hauptakt** der Löbe-Vorstellung ist das **„Hausorchester". Die Sozialdemokraten verstehen die Vogelwiesenreklame schon ebenso gut wie das Bürgertum.**

Aber nicht nur das, die linken Sozialdemokraten versuchen darüber hinaus die Dresdner Betriebe zum Füllen des Zirkus zu mißbrauchen und fordern die Arbeiter überall zu einer Massendemonstration auf.

Auf die Straße sollen die Arbeiter gehen, um fürs Zentrum zu demonstrieren!

Wissen die Arbeiter noch, wie die sozialdemokratische Presse schrie, als die Hallenser Arbeiter zum Auftakt der Präsidentenwahl zur Massenversammlung und Demonstration rüsteten, **daß die Kommunisten die Arbeiter vor die Maschinengewehre treiben?**

Wissen die Arbeiter noch, wie die sozialdemokratische Presse schrie, als die Pirnaer Arbeiterschaft die Hindenburg-Monarchisten von der Straße trieb, **daß die Kommunisten die Arbeiter vor die Maschinengewehre treiben?**

Wissen die Dresdner Arbeiter noch, wie die sozialdemokratische Presse schrie, als die Dresdner revolutionären Arbeiter zum Kampf gegen Faschismus, Monarchie und Raub des Achtstundentages aufforderten, **daß die Kommunisten die Arbeiter vor die Maschinengewehre treiben?**

Ja, wenn es für den monarchistischen Schwerindustriellen, Katholiken Wilhelm Marx geht, da ist die SPD. auf dem Höhepunkt ihrer Kraft angelangt, **da ruft die linke SPD. die Massen zur Demonstration.** Und Herr Polizeipräsident Kühn wird gewiß keinen Befehl geben, um den Durchmarsch der Zentrumsjünglinge durch den Bannkreis zu verhindern; denn er und seine Offiziere — äh, äh — werden sich freuen ob des Nachlaufens von sozialdemokratischen Arbeitern hinter dem zeitweiligen Republikaner und sehnsuchtsvollen Monarchisten Wilhelm Marx.

Kein Betrieb — kein Arbeiter demonstriert für Marx.

Am 26. April wählt:

Nicht die Führer der Bourgeoisie, nicht Marx, nicht Hindenburg, sondern gemäß den Worten eures Karl Marx: „Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!"

das Klassenbewußtsein des Proletariats,
in diesem Sinne
Ernst Thälmann!

Reichspräsidentenwahl

Hindenburg — Marx

oder der

Rote Kandidat der Werktätigen Thälmann

Oeffentliche Volksversammlungen.

Mittwoch den 22. April:

Cunnersdorf bei Löbau: abends 7,30 Uhr. Referent: Klett.
Weinböhla: „Zentralgasthof", abends 7,30 Uhr. Referent: Genossin Böhme, Stadtverordnete.
Kirschau: „Gasthof Kronprinz", nachmittags 5 Uhr.
Friedersdorf: „Gasthof", abends 8 Uhr.

Donnerstag, den 23. April:

Leuben, Gasthof, abends 7,30 Uhr. Referent: R. Renner, M. d. L.
Pirna: Volkshaus, abends 7,30 Uhr.
Mühlsdorf b. Lohmen: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Meißen: Kaisergarten, abends 7,30 Uhr.
Löbau: Abends 7,30 Uhr.
Seifhennersdorf: Gasth. „Zur Krone", abends 8 Uhr.
Oberseifersdorf: Gasthof, abends 7,30 Uhr.

Freitag, den 24. April:

Dresden: Volkshaus-Ost (Schandauer Str.), abends 7,30 Uhr. Referent: Paul Wötcher, M. d. L.
Leuben: Gasthof, kl. Saal, abends 7,30 Uhr.
Meußlitz: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Hosterwitz: Gasthof Kronprinz, abends 7,30 Uhr.
Wachau: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Birkwitz: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Oberpesterwitz: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Hintergersdorf: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Struppen: Abends 7,30 Uhr.
Mazen: Erbgericht, abends 7,30 Uhr.
Neundorf: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Niederoderwitz: Abends 7,30 Uhr.
Rammenau: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Vorderjessen: Gasthof, abends 7,30 Uhr.
Leppersdorf: Unterer Gasthof, abends 7,30 Uhr. Referent: Lewinsohn, Stadtrat.
Reinhardsgrimma: Erbgericht, abends 7,30 Uhr.

Willst du gegen Reaktion?
dann wähle
Hindenburg — Marx oder sei **Nichtwähler**
Willst du Sozialismus und politische Revolution?
dann wähle den
Transportarbeiter Ernst Thälmann

Müller-Heim abermals vorm Kadi. Wegen unlauteren Wettbewerbs wurden, wie die Tel.-Union meldet, der Schriftsteller Georg Müller, genannt Müller-Heim, vom gemeinsamen Schöffengericht Dresden nach vielstündiger Verhandlungsdauer zu 300 Mark, ein gewisser Thiele, jetzt Mitinhaber einer Rechtskanzlei, zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegenstand der Anklage waren eine Ankündigung im Inseratenteil einer Dresdner Zeitung (Dresdner Anzeiger) zu Anfang des vorigen Jahres und ferner zur Verteilung gelangte sogenannte Handzettel, worin irreführende Bezeichnungen, wie Anwaltskanzlei, juristischer Volksanwalt, Republikanischer Rechtsbund usw. enthalten waren. Strafantrag hatte der Dresdner Anwaltsverein gestellt, der sich im Verfahren auch als Nebenkläger angeschlossen hatte. Um den Sachverhalt zu klären, machte sich eine langwierige Beweiserhebung erforderlich, in der Müller-Heim fortgesetzt das Wort ergriff, um seinen Standpunkt darzulegen bezw. die Art seiner Tätigkeit zu schildern oder aber um Vorhalte an Zeugen zu machen. So sagte beispielsweise Rechtsanwalt a. D. Mehnert als früherer Angestellter des Angeklagten Müller-Heim unter Eid aus, nach Erlaß einer einstweiligen Verfügung des Dresdner Anwaltsvereins, wegen seiner Titel bezw. Bezeichnung hätte der Angeklagte u. a. den Gedanken erwogen, sich Rechtsanwalt oder ähnlich klingend zu nennen, mithin als einen Mann zu bezeichnen, an den sich Rechtsuchende „anhalten" könnten. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende des Gerichts u. a. aus, es gelte nach der Beweiserhebung als festgestellt, daß der Republikanische Rechtsbund als solcher in Wirklichkeit gar nicht bestanden habe und gewissermaßen nur dem Namen nach existierte, womit aber zum Ausdruck gebracht und der Anschein erweckt werden sollte, als stehe hinter dem Angeklagten und seiner Tätigkeit eine starke Organisation, als sei er eine besonders vertrauenswürdige Persönlichkeit. Und darin liege eine Täuschung, eine irreführende Bezeichnung. **Soweit in der Verhandlung weiterhin festgestellt worden ist, daß der Angeklagte Müller,** genannt Müller-Heim, **in seiner gewerblichen Tätigkeit verschiedentlich höhere Beträge genommen als wirkliche Rechtsanwälte für die betreffenden Handlungen erheben würden,** sei dies hinterher und nicht in der in der Anklage in Frage kommenden Zeit erfolgt.

Rundfunk

Mitteldeutscher Sender Dresden Leipzig
Leipzig (Welle 454). — **Dresden:** (Welle 292).

Donnerstag, den 23. April 1925. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 4 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Dasselbe: Wiederholung. 6,15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Dasselbe: Fortsetzung und Mitteilung des Leipziger Meßamtes für Handel und Industrie. — **Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung:** 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr: Börsen- und Pressebericht. 4,30—5 Uhr: Konzert der Hauskapelle. 6,30—6,45 Uhr: Steuerrundfunk. 7—7,30 Uhr: Vortrag: Verlagsbuchhändler Eugen, Berlin: „Aus dem Gebiete der Briefmarkenkunde." 7,30—8 Uhr: Vortrag: Lektor a. D. M. R. Fehler (früher Staatshochschule Okayama, Japan): „Vom Leben der japanischen Frauen und Mädchen." — Im Saale der Alten Handelsbörse: Naschmarkt 2: 8,15 Uhr: **Sinfoniekonzert.** Dirigent: Alf Szendrei. Solist: Kammersänger Julius von Raatz-Brockmann. Das Leipziger Sinfonieorchester. 1. Beethoven: Ouvertüre „Die Geschöpfe des Prometheus" (C-Dur), Op. 43. 2. Joh. Seb. Bach: „Rezitativ und Arie aus der Kantate „Der zufriedengestellte Aeolus". „Wie will ich lustig lachen": Julius von Raatz-Brockman. 3. Beethoven: Achte Sinfonie (F-Dur), Op. 93: 1. Allegro vivace e con brio; 2. Allegretto scherzando; 3. Tempo di Menuetto; 4. Allegro vivace. 4. Zwei Gesänge mit Orchester: a) Richard Strauß: Hymnus; b) Hugo Wolf: Der Rattenfänger: Julius von Raatz-Brockmann. — Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.

Die üblichen Stockungen bei der Straßenbahn. Vorgestern vormittag um 10 Uhr trat durch Zerreißen eines Drahtes in der elektrischen Oberleitung der Straßenbahn im Maximiliansring eine partielle Stockung in der Stromzufuhr ein, die sich in dem Gebiete Maximiliansring, Rathenauplatz, Pillnitzer Straße bemerkbar machte.

Autounglück. Gestern abend in der siebenten Stunde lief auf dem Bönischplatz ein achtjähriges Mädchen in einen Personenkraftwagen. Es erlitt eine stark blutende Kopfverletzung und wurde von dem Autofahrer sofort einem Arzt zugeführt.

Einbrecher festgenommen. Festgenommen wurde der 27jährige Arbeiter Walna, der in letzter Zeit, hauptsächlich in Vorstadt Pieschen und der Oppelvorstadt, mittels Nachschlüssels in Wohnungen eindrang und Geld und Kleider stahl. Bei einem solchen Einbruche ließ er Schlüssel und einen schwarzen Spazierstock aus Stahl mit vernickeltem Griff im Stiche.

Dresdner Zoologischer Garten. Der zu Ostern im Dresdner Zoo eingetroffene Orang-Utan ist ein etwa zweijähriges Bürschchen, das in seiner Sumatraer Heimat noch die meiste Zeit an der Mutter hängen würde. Es kann wohl bereits vortrefflich klettern, aber die Behendigkeit und Schnelligkeit der Erwachsenen, die bei drohender Gefahr auf der Flucht nötig sind, würde es doch noch nicht aufbringen können.

Päckchen nach dem Saargebiet. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Vom 10. April an werden im Verkehr mit dem Saargebiet Päckchen zu den Bedingungen des inneren deutschen Verkehrs zugelassen. Die Absender müssen jedoch die Einfuhrgenehmigung von der Zolldirektion in Saarbrücken einholen und den Vermerk: Genehmigung der Zolldirektion in Saarbrücken Nr. .... vom .... auf dem Päckchen angeben. Außerdem müssen die Päckchen auf der Anschriftseite einen grünen Zettel mit der Inschrift tragen: „Dem Zoll vorzulegen. Durch die Post in Saarbrücken zu verzollen." Darunter sind anzugeben: Art (nach den Bezeichnungen des französischen Zolltarifs), Ursprung, Gewicht und Wert der Ware. Diese Angaben können auch auf einer besonderen Zollerklärung gemacht werden, die in die Sendung zu legen oder ihr haltbar beizufügen ist. Der Meistbetrag für Postaufträge nach Oesterreich wird vom 15. April an auf 1000 Schilling erhöht.

Uebermäßige Mietpreisforderungen. Die Erleichterungen, die kürzlich in der Bewirtschaftung der möblierten Zimmer eingetreten sind, haben vielfach die Meinung hervorgerufen, daß auch die Bestimmungen über die gesetzliche Miete für diese Räume aufgehoben worden seien. Diese Auffassung ist unzutreffend. Die Vorschriften über die gesetzliche Miete gelten für möblierte Zimmer nach wie vor. Es kann deshalb auch weiterhin jeder Untermieter die gesetzliche Untermiete verlangen oder beim Mieteinigungsamt die Ersetzung eines unbillig hohen vereinbarten Untermietzinses durch die gesetzliche Untermiete anregen. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß ein Vermieter, der für die Ueberlassung von möblierten Wohnräumen eine Vergütung fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Verdienst enthält, oder der eine solche Vergütung sich oder einem andern gewähren oder versprechen läßt, wegen Leistungswuchers strafrechtlich verfolgt werden kann; wucherische Mietzinsvereinbarungen sind zudem bürgerlich-rechtlich nichtig. Bei der Beurteilung der Frage, ob Leistungswucher vorliegt, werden unter Umständen auch die vielfach üblichen „Abfindungssummen" zu berücksichtigen sein. — Des weiteren muß auch für die Fälle, in denen die gesetzliche Miete nicht gilt, wie zum Beispiel bei den vom Reichsmietengesetz ausgenommenen Neubauten, bemerkt werden, daß auch hier der vereinbarte Mietzins wirtschaftlich gerechtfertigt sein muß. Wucherische Mietzinsvereinbarungen sind in diesen Fällen gleichfalls bürgerlich-rechtlich nichtig; der Vermieter setzt sich bei übermäßigen Mietzinsforderungen ebenfalls der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung wegen Leistungswuchers aus.

Volkshochschule. Donnerstag, den 23. April, beginnen: Dr. phil. Karl August Busch: Friedrich Schillers philosophische Gedichte in Auswahl, 7,30 Uhr im Neustädter Staatsgymnasium, Holzhofgasse 2; Dr. Felix Gotthelf: Ueber die Entwicklung der Oper und des Musikdramas, 7,30 Uhr in der Altstädter Höheren Mädchen- und Frauenschule, Zinzendorfstraße 15; Friederike Pleißner: Praktischer Lehrgang in Körperbildung, Lobeland (Fortsetzung des vor Ostern begonnenen Donnerstagskursus), 7,30 Uhr, Bernhardstraße 75; Dr. Kurt Schumann: Mit Karte und Wanderbuch. Vorbesprechung zu den Tageswanderungen, 7 Uhr im Wettiner Gymnasium, Wettiner Platz 13; Friederike Stritt: Vortragskunst (nur für die Teilnehmer der Lehrgänge Januar-Ostern), 7,30 Uhr in der Studienanstalt, Weintraubenstraße 3; Georg Tümmler: Sonne, Mond und Sterne in unserem Horizont, 7,30 Uhr in der 18. Volksschule, Eliasstraße 17. — Teilnehmerkarten zu den Lehrgängen in der Geschäftsstelle Georgplatz 5, 1. Et. (geöffnet: Montags, Mittwochs, Freitags, Sonnabends: 10—3 Uhr, Dienstags und Donnerstags: 11—2 und 5—7 Uhr).

Volkshochschule. Wegen Erkrankung muß der Kursus von Herrn Oberlehrer Tümmler ausfallen und dürfte wahrscheinlich nach Pfingsten beginnen. — In der Zwischenzeit treffen sich die Himmelskundler jeden Donnerstag 7,30 Uhr im Stadtgut Räcknitz. Bei klarem Wetter darauf Himmelsbeobachtung im Freien.

Bücherecke

Allen Ortsgruppen und bei uns gemeldeten Betriebszellen ist die

Arbeiter Illustrierte Zeitung

zugegangen. Wir haben einen Reservebestand zurückbehalten und fordern die Literaturobleute auf, Nachbestellungen bei der Buchhandlung aufzugeben. Die genannte Nummer ist die **Mainummer** und kann bereits während des Wahlkampfes **als Propaganda** benutzt werden.

Alle Lieferungen von „Masiow",
die nicht verkauft werden, müssen zurückgesandt werden unter Angabe, wie viel Abonnements in Frage kommen.
Abrechnung unbedingt erforderlich!
Buchhandlung O. Groß, Röhrhofsgasse 24.

SLUB
Wir führen Wissen.

Ostsachsen

Der sozialdemokratische Ausschlußschwindel

Heldt, Winkler, Bethke, Castan und Schnettler!

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand Ostsachsen teilt mit:

„In der Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes Ostsachsen vom 16. April wurden neben der Behandlung der Präsidentenwahl, der Aenderung der Gemeindeordnung usw. auch die Ausschlußanträge gegen diejenigen Fraktionsmitglieder verhandelt, die im Bezirk Ostsachsen wohnten, aber von anderen Bezirken ihr Mandat erhalten hatten. Es sind dies die Genossen Ministerpräsident Heldt, Landtagspräsident Winkler, Landtagsabgeordneten Bethke und Castan. Mit 27 gegen 1 Stimme wurde dem Ausschluß aus der Partei zugestimmt. Gleichfalls wurde mit derselben Stimmenzahl der Genosse Heinrich Schnettler, der Leiter des Heimatdienstes, wegen fortgesetzten parteischädigenden Treibens, das sich namentlich in der Organisation und Einberufung von Sonderkonferenzen zeigte, aus der Partei ausgeschlossen."

Der Schwindel vom Ausschluß der Heldt u. Co. wird nun schon seit Monaten getrieben. Alle diese Ausschlüsse werden nie vollzogen werden. Warum? Erstens deshalb, weil sie abgekartete Täuschungsmanöver sind. Es ist sinnlos, Heldt auszuschließen, weil er auf **Blühers Befehl die Gemeindeordnung „verbessert"**, selbst aber die **Wahl des Zentrumspfaffen** und die **Unterstützung der Kirchenreaktion** durchzuführen. Außerdem steht der Hauptvorstand der SPD. **völlig hinter den 23**, die auch keinen Deut „schlimmer" arbeiten, wie die **gesamte sozialdemokratische Partei in Deutschland.** Weshalb aber diesen Schwindel? Nun, die Herren Arzt, Weckel u. Co. sind um ihr Renommee besorgt. Die **hübsche „linke" Maske** mußte nämlich bei der **Reichspräsidentenwahl etwas gelüftet** werden. Das Maul der Maske ist nicht für den Ruf: „Wählt Marx!" ausgeschnitten, und deshalb mußte man sie etwas heben, um dann um so kräftiger brüllen zu können:

„Hindenburg vor den Toren!"

„Rettet euch durchs Kreuz!"

„Wählt Marx!"

„Nieder mit dem Arbeiterkandidaten!"

Und dabei sollen sogar sozialdemokratische Arbeiter nicht unaufmerksam gewesen sein und gehört haben, daß ganz im Hintergrund der Vorstand gerufen hätte:

„Alle Macht dem Kapital!"

Die Maske zieht nicht mehr. Und nun muß man versuchen, so schnell wie möglich zu zeigen, daß man „rot" ist, daß man keinen „Verrat" duldet, und verkündet denen, die nicht alle werden: „Wir sind die Schildhalter des Sozialismus! **Wir sind besser als die 23!"** Und dabei sitzen sie mit den Ausgeschlossenen in denselben **Wahlausschüssen für Marx**, lügen nach demselben Programm den Arbeitern vor, Marx sei besser als **Hindenburg (er ist nur besser, weil er ihnen ein paar Posten zuschanzt; seine Politik ist nicht einen Deut besser!)** und hetzen noch hinterhältiger gegen die einzige Arbeiterpartei und den Arbeiterkandidaten. **Lug und Trug!** Das ist das wahre Programm der Sozialdemokratie linker und rechter Couleur! Und ihr Ziel ist: **Stärkung und Festigung der Herrschaft des Kapitals.**

Ob Stinnes oder Klöckner, ob **Hindenburg oder Marx**, beide sind Feinde der Arbeiterklasse, beide sind **Sachwalter des deutschen Kapitals**, beide unterdrücken die Arbeiter, beide **bekämpfen den Achtstundentag, menschenwürdige Löhne**, und beide können überhaupt nur existieren durch den **Betrug, den die Sozialdemokratie** seit Jahren an der gesamten **deutschen Arbeiterschaft ausübt!**

Als die Arbeiter 1918 streikten, gingen die Sozialdemokraten in die Leitung, um im Einverständnis mit der Regierung den **Streik abzuwürgen**, als 1919 die Arbeiter die Waffen gegen die Bourgeoisie richteten, schwindelte sie ihnen **Noske** aus der Hand und **übergab sie der weißgardistischen Soldateska**, als die Arbeiter die Kappisten bis auf den letzten Mann niederzumachen gewillt waren, **schickte Severing die Weißgardisten** gegen das rote Ruhrgebiet, und als im Herbst 1923 die Arbeiter Schluß mit der Bourgeoisieherrschaft, ganz gleich, in welcher Form, zu machen drohten, schickte Ebert auf **Wunsch der sächsischen Industriellen im Einverständnis mit den rechten und „linken" Sozialdemokraten die Reichswehr nach Sachsen.** Glied an Glied in der Kette des Verrats ist dazu angetan, dem objektiven und nüchternen Betrachter das wahre Gesicht dieser Partei zu zeigen!

Ein neues Glied: 2 Vertretern des Schwerkapitals steht ein einziger Arbeiterkandidat gegenüber.

Die Sozialdemokratie hat den Auftrag erhalten, unter allen Umständen für einige Posten die Arbeiter zu hindern, dem Kandidaten der Revolution und des Klassenkampfes die Stimme zu geben. Deshalb fordert sie zur Wahl des „Republikaners" auf, bankettiert mit Großindustriellen und Pfaffen und stärkt die Front des Klassenfeindes. Jedem klassenbewußten Arbeiter muß eingehämmert werden: Wenn du gegen Faschismus, **Reaktion und Monarchie kämpfen willst**, dann schlage zuerst deren **Steigbügelhalter. Die schwarz-rot-gelbe Republik fördert die Reaktion.** Am 26. April lautet die Parole:

Hier Arbeit — hier Kapital!
Hier rot — hier schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gelb!
Nieder mit Hindenburg!
Nieder mit Marx!
Vorwärts für Thälmann!!

•

Lausa. (Schadenfeuer.) Am Sonntagabend gegen 9 Uhr brach im Ortsteil Weixdorf Feuer aus, dem die Scheune des Seifertschen Gutes mit den Erntevorräten zum Opfer fiel. Den herbeigerufenen Wehren gelang es, das stark gefährdete Wohnhaus zu erhalten.

Meißen. (Schadenfeuer.) In der Nacht zum Sonnabend brannte im Ortsteil Zaschendorf das aus Wohn- und Stallgebäude bestehende Grundstück der Wirtschaftsbesitzerin Irrgang vollständig nieder. Es wird Brandstiftung vermutet.

Bautzen, . April. Ein grausiger Selbstmordversuch. Am Donnerstag begoß sich ein hiesiges 20jähriges Dienstmädchen mit Petroleum, das es anzündete. Auf sein Hilfegeschrei eilten Hausbewohner herbei, die die lichterloh Brennende durch Ueberwerfen von Decken retteten. Das Mädchen erlitt lebensgefährliche Brandwunden und wurde nach dem Krankenhause gebracht. Der Grund der Tat soll Liebeskummer sein.

Sachsen

Exz. Heldt schmeißt Schwarz-rot-gold auf die Straße

Dresden. Polizeioberst Schützinger abgebaut. Die sozialdemokratische Presse teilt mit, Polizeioberst Schützinger sei plötzlich aus dem Dienst entlassen worden, nachdem Innenminister Fuller noch vor einem Vierteljahr erklärt habe, daß an eine Entlassung Schützingers nicht zu denken sei und er ihn weiter innerhalb der Polizei, wenn auch nicht im Exekutivdienst, beschäftigen werde. In letzter Stunde habe das Ministerium des Innern von der ihm zufolge des Staatsdienstgesetzes von 1835 zustehenden Kündigung des Dienstverhältnisses Gebrauch gemacht.

Ja, ja, man bereitet sich eben am Elbufer auf die schwarz-weiß-rote Aera vor. „Prinzipienfeste Republikaner", ganz wie Marx.

Der Präsidentschafts-Wahltag und der 1. Mai

sind Kampftage für die Befreiung der

politischen Gefangenen!

Wie Dawes saniert

Betriebsstillegungen

Vom 16.—31. März sind beim sächsischen Arbeitsministerium 18 Anzeigen über beabsichtigte Betriebsstillegungen eingelaufen. Die höchste Zahl der Anzeigen (6) entfällt diesmal auf die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, dann folgt die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 4, die Textilindustrie mit 3 Anzeigen. Aus der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel stammen 2 Anzeigen, und mit je 1 Anzeige sind die Metallverarbeitung, die Papierindustrie und das Bekleidungsgewerbe vertreten.

•

Unaufhörlicher Bevölkerungsrückgang in Sachsen

Der bürgerliche Pressedienst teilt mit:

Nach Mitteilungen des Statistischen Landesamtes erweisen sich die allerdings nur **vorläufig festgestellten** Ergebnisse der Bevölkerungs-Bewegungs-Statistik im Jahre 1924 als eine Fortsetzung der schon im Vorjahre beobachteten Erscheinungen, die sich im großen ganzen als ein **Rückgang** bezeichnen lassen. Die Zahl der Eheschließungen betrug insgesamt 36 376, und zwar im

1. Vierteljahr 5 510	3. Vierteljahr 9 043
2. Vierteljahr 11 055	4. Vierteljahr 10 768

gegen 46 401 im Jahre 1923. Zum ersten Male seit Beendigung der Kriegszeit sank diese Zahl unter die der Vorkriegsjahre (etwa 40 000—41 700) herab. Nicht ganz so hoch war die Abnahme der **Lebendgeborenen.** Hier wurden gezählt im

1. Vierteljahr 21 990	3. Vierteljahr 19 443
2. Vierteljahr 21 313	4. Vierteljahr 20 488

also insgesamt 83 234 gegen 89 060. Inwieweit an diesem **allgemeinen Rückgange** die verminderte Fruchtbarkeit jüngerer oder älterer Ehen beteiligt ist, entzieht sich bei diesen vorläufigen Ergebnissen zunächst der Beurteilung, jedenfalls aber dürften die immer noch **vorhandene Wohnungsnot**, die durch die Jahre der Inflation eingetretene **Verarmung der Bevölkerung** und die leider noch immer **schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse** von maßgebendem Einflusse auf diese Abnahme der Eheschließungen und der Lebendgeborenen gewesen sein. Von besonders ungünstiger Bedeutung ist hierbei auch die **Zunahme der Totgeborenen**, deren Zahl von 3319 im Vorjahre auf 3428 im Jahre 1924 stieg, und die sich, bezogen auf die Gesamtzahl aller Geborenen, von 3.61 Proz. im Jahre 1923 auf 3.96 Proz. im Berichtsjahre erhöhte und hiermit prozentual eine Ziffer erreichte, wie sie in dieser Höhe in den letzten 20 Jahren nicht beobachtet werden konnte. Von allen Geborenen waren 14 579 oder 16.82 Proz. **uneheliche** gegen 15 618 oder 16.97 Proz. im Jahre 1923.

Ganz offen muß man also zugeben, daß die Verarmung der breiten Massen weiter fortschreitet, unaufhörlicher Rückgang eingesetzt hat, und all das, nachdem dem deutschen Volke der Segen des Dawes-Paktes so wunderschön vorgemacht worden ist. Wohnungen, kaum gut genug für Tiere, menschenunwürdige Löhne, Antreibesystem und 12-Stundentag, das sind die Früchte des Dawes-Paktes für die Arbeiter. An diesem Elend mästet sich das Kapital!

Genosse und Genossin

hast du schon in diesem Monat an die inhaftierten Klassengenossen gedacht?

Massenelend

Die sächsische Landesversicherung teilt mit:

Am 31. März 1925 liefen im Bereiche der sächsischen Landesversicherungsanstalt 212 730 Renten, und zwar

141 132 Invaliden-, Kranken- und Altersrenten,
21 679 Witwenrenten,
49 919 Waisenstammrenten (mit rund 100 000 Waisen).

Gegenüber den Bestandszahlen vom 31. Dezember 1924 ergibt sich somit eine Zunahme von 5037 laufenden Renten, von denen 2818 (56 v. H.) Invalidenrenten und 2219 (44 v. H.) Hinterbliebenenrenten sind.

Marx ist der Kandidat des „Volksblocks"

Wie sieht das „Volk" in diesem Blocke aus? Antwort darauf gibt der „demokratische" „Berliner Börsen-Courier" vom 17. April in seinem Bericht über das Festfressen im Berliner Zoo zu Ehren von Marx. Da heißt es:

„Der Kundgebung, die im Bankettsaal des Zoo stattfand, kommt eine große **prinzipielle Bedeutung** zu, denn sie bedeutet nichts weniger, als das **Bekenntnis Wilhelm Marx' zur deutschen Wirtschaft** und das Gelöbnis der deutschen Wirtschaft, sich bei der kommenden Präsidentschaftswahl **hinter Wilhelm Marx zu stellen.** Die kleine, aber ausgewählte Versammlung war aus allen Kreisen der deutschen Wirtschaft besucht. Neben **Industriellen und Finanziers** sah man namhafte **Vertreter des Großhandels** und des **Kleinhandels** und der geistigen Berufe. Von namhaften Parlamentariern der drei vereinigten **Parteien** sah man u. a. den ehemaligen Reichskanzler Hermann **Müller**, Reichsminister a. D. **Hilferding**, Reichsminister a. D. **Robert Schmidt** (die drei SPD.-Exminister waren jedenfalls als Vertreter des Groß- und Kleinhandels anwesend. Sie haben ja durch den Handel mit den 8 Millionen SPD.-Stimmen die Kandidatur Marx ermöglicht. D. Red.), Reichsminister a. D. Giesberts, Geheimrat von Guerard, Generaldirektor Dr. ten Hompel, Geheimrat Dr. Maximilian Kempner. Ferner den langjährigen preußischen Landwirtschaftsminister Wendorff. Von den demokratischen Abgeordneten sah man Erkelenz. Vom Zentrum Florian **Klöckner.** Ferner bemerkte man den **Berliner Polizeipräsidenten** Dr. Friedensburg. Die **Berliner Handelskammer** war durch ihren Präsidenten Franz von Mendelssohn und durch andere hervorragende Mitglieder vertreten. Von bekannten Finanziers bemerkte man ferner **Bankier** Richard Pohl, **Bankdirektor** Sobernheim, **Bankier** Hagen-Berlin, **Bankier** Hermann und **Bankier** Schiff. Von bekannten Berliner Industriellen sah man **Kommerzienrat** Mamroth von der AEG. und Geheimen Justizrat Maximilian Kempner, den **Vorsitzenden des Deutschen Kalisyndikats.** Auch die Berliner Presse war durch zahlreiche Mitglieder der Redaktionen und durch Dr. **Ullstein** und Doktor Charbe vertreten. Weiter bemerkte man den **Generaldirektor** der Schultheiß-Patzenhofer Brauerei, den ehemaligen Reichspressechef Spicker und die Abgeordneten Kopsch-Breslau und Staatssekretär a. D. Meyer."

Für dieses „Volk" von Bankiers, Großindustriellen, Kommerzienräten und Generaldirektoren kandidiert Marx, ihnen gelobt er Treue.

Arbeiter, ist der Kandidat der Bank-, Börsen- und Industriemagnaten euer Kandidat? **Nein!**

Euer Kandidat ist der **Arbeiter Ernst Thälmann.**

•

Riesa. (Beim Spielen ertrunken.) Das 3jährige Töchterchen des Landarbeiters Heultz in Merschwitz fiel beim Spielen von der Schiffslandungsbrücke in die Elbe und ertrank.

Riesa. (Fahrlässiger Umgang mit der Schußwaffe.) Infolge fahrlässigen Umganges mit einer Schußwaffe durch den Sohn des hiesigen Gelbgießermeisters Richard Müller wurde der dort beschäftigte 18jährige Kurt Müller erheblich verletzt. Das Geschoß drang dem jungen Mann in den Unterleib.

Leipzig. (Ein Kind von einem Lastkraftwagen tödlich überfahren.) Das etwa 5 Jahre alte Töchterchen des Arbeiters Walther spielte am Sonnabendvormittag mit mehreren gleichaltrigen Kindern vor dem Grundstück Nr. 8 in der Stötteritzer Straße. Das Nahen eines Lastkraftwagens schien die kleine Walther nicht bemerkt zu haben, denn gerade, als der Wagen vorüberfuhr, sprang sie auf den Fahrweg, wurde vom rechten Hinterrad des Wagens erfaßt und überfahren. Eine Frau trug das schwerverletzte Kind zu einem Arzt, wo es alsbald seiner Verletzungen erlegen ist.

Weißenberg. (Großfeuer.) In der Nacht zum Sonnabend brannten im benachbarten Weicha ein Wohngebäude und eine Scheune vollständig nieder. Es wird Brandstiftung vermutet.

Schneeberg. (Brand eines Wohnhauses.) Am Freitagfrüh wurde das Wohn- und Geschäftshaus des Gemüsehändler Jähn in der Seminarstraße ein Raub der Flammen; das Feuer verbreitete sich sehr rasch über das ganze Gebäude, so daß die vier darin wohnenden Familien fast ihre gesamte Habe verloren.

Sayda. (Eröffnung einer neuen Kraftwagenlinie.) Die Kraftwagenlinie Olbernhau—Sayda und die Fortsetzung nach Neuhausen, Seifen, Heidelberg, Deutsch-Einsiedel wird voraussichtlich Mitte Mai, und zwar zunächst für 3 Monate auf Probe eröffnet werden.

Wilkau, . April. **(Verbrechen oder Selbstmord?)** Auf den Gleisen der Eisenbahnlinie Wilkau—Wielenburg wurde die Leiche eines 15—16jährigen Burschen aufgefunden, dem die Hirnschale eingeschlagen und die rechte Hand und der linke Arm abgetrennt waren.

Hast du der Roten Hilfe dein Scherflein schon gegeben?

Leninaufgebot

Für unsere „Arbeiterstimme"

gewannen:

Genosse Uhlemann, Stadtverordneter in Pirna (an einem Tage) 10 Abonnenten

Genosse Krippendorf in Dresden 15 Abonnenten

Immer weiter so — Wetzel!

Für die leninistische Presse!

U.-B. 6! Große Zeitungsagitation in den Betrieben!

Von Donnerstag bis mit Sonnabend dieser Woche.

Material rechtzeitig im Sekretariat abholen!

Aus den Gewerkschaften

Können die Textilarbeiter für den Zentrumspfaffen Marx stimmen?

(Von einem Arbeiterkorrespondenten aus der Lausitz.)

Diese so wichtige Frage für Textilarbeiter und -arbeiterinnen soll in diesem Artikel geklärt werden.

Die Volkszeitung vom 16. April schwafelt wieder einmal vom Kampf um die Arbeitszeit in der sächsischen Textilindustrie. Es wird in dem Artikel sehr viel Tinte verschmiert. Das zeigt uns, daß der Textilarbeiterschaft nach und nach der Seifenlieder aufgeht und sie an den ernstlichen Willen ihrer Gewerkschaft, die 46-Stundenwoche zurückzuerobern, nicht mehr recht glauben schenken wollen. Aus dem Grunde der lange Artikel. Man will die Textilarbeiter erneut einseifen, damit sie am 26. April nicht merken, daß man sie veralbert.

Die zurückliegende Zeit, die so oft von den Führern gebrauchten radikalen Redensarten, kennt die Textilarbeiterschaft zur Genüge. Sie weiß, daß man mit Worten allein nichts anfangen kann, am wenigsten aber damit der Achtstundentag erreicht wird. Sie weiß, daß durch Reden das Unternehmertum am allerwenigsten zu Zugeständnissen zu bewegen ist. Das zeigt am deutlichsten der Ausspruch des Rechtsanwalts Israel gelegentlich einer Verhandlung. Er lautet: „Herr Zwahr, die Arbeiterschaft wird noch mehr bittere Pillen schlucken müssen." Früher waren die Arbeiter oben und wir waren unten, heute sind wir oben und sie sind unten. Das ist einmal so in der Welt."

Textilarbeiter! Macht nicht an Worten, sondern seht euch die Taten eurer Gewerkschaftsführer an und ihr werdet die Ursache haben, warum die Unternehmer euch so frech entgegentreten können.

Die Arbeiterschaft hat bei jeder Gelegenheit gezeigt, daß sie mit aller Energie gegen die Verlängerung der Arbeitszeit kämpfen wollte. Das zeigen uns die großen Bewegungen um den Achtstundentag. An Opferwilligkeit fehlte es nicht, als es galt, Extrabeiträge zu leisten. Fragt, wo das Geld hingekommen ist? Trotz all der Schwindeleien, die die Führer mit euch getrieben haben, habt ihr erneut für den Volksentscheid geopfert. Habt ihr von alledem etwas verspürt, was zu euren Gunsten ausgeschlagen sei? Immer und immer wieder mußtet ihr die traurigen Erfahrungen machen, daß trotz aller eurer Anstrengungen das Unternehmertum triumphieren konnte.

Textilarbeiter! Seht euch genauer die Taten eurer Führer an. In schönen Worten sind sie groß. Haben sie euch aber nicht bei jeder ernsten Situation im Stich gelassen? Ihr waret zu vertrauensselig, ihr schenktet ihnen Glauben, als man euch erklärte: „Es ist ja nur Kommunistenmache." **Dies wurde immer dann gesagt, wenn ihr für eure Interessen im Kampfe dem Unternehmer gegenüber standet.** So haben euch Winkler, Feinhals und nicht zuletzt Jädel zu wiederholten Malen an die Unternehmer, leider auch mit eurer Zustimmung, verkauft.

Erinnert euch, nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes, dem auch Jädel und Komplizen zugestimmt haben, mit welchen Redensarten sie euch damals an der Nase herumführten.

Ihr ostsächsischen Textilarbeiter, habt ihr die Funktionärkonferenz in Neugersdorf vergessen? Dort hat euch Winkler u. Feinhals die 55-Stundenwoche aufgeschwätzt. Man sagte euch: **„Man muß sich mit der vom Zentrumspfaffen Marx geschaffenen Lage vorläufig abfinden".** Erinnert euch der Ausflüchte, mit denen man damals einer ernstlichen Auseinandersetzung aus dem Wege ging. Man vertröstete euch wie immer auf später. Heute seht ihr nun die Auswirkungen.

Was nützen euch jetzt all die Feststellungen in der SPD.-Presse über skandalöse Ausbeutung, über ungenügende Entlohnung, über die beinahe zu Tode gequälten Arbeiterinnen, wenn man dabei nicht den ernsten Willen hat, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Was nützen euch die schnoddrigen Glossen eines Winkler, die versteckten Anwürfe eines Heidel, all die schön durchdachten Reden von Jädel und Zwahr, wenn ihr bei all dem, trotz eurer intensiven Arbeit, feststellt, daß ihr dabei verhungern müßt, während die Textilbarone Reichtum über Reichtum anhäufen?

Ostsächsische Textilarbeiter! Seht euch die Paläste eurer Herren Chefs an — haltet euch dagegen eure Behausung vor Augen. Trotz der intensiven Arbeit im Betrieb, trotzdem ihr Tag und Nacht auf den Beinen seid, könnt ihr euch kaum das Notwendigste zum Leben anschaffen.

Textilarbeiter! Erkennt doch endlich, daß man mit euch Schindluder treibt. Schaut euch in den Betrieben um. Seht ihr nicht die Schmarotzer, die um die Gunst der Unternehmer betteln. Jagt sie zum Teufel! Reinigt eure Organisation von all dem korrupten Gesindel. Kämpft, aber nicht in Worten wie eure Führer, sondern in der Tat mit den Kommunisten um eure Befreiung. **Gebt den sozialdemokratischen Lakaien den Laufpaß, die euch heute anraten, Marx zu wählen.**

Erkennt daraus, was Schwarzrotgold für den Proleten bedeutet. Es rutscht Schritt um Schritt ins bürgerliche Lager, zu das Lager eurer Ausbeuter!

Schließt deshalb die rote Klassenfront zu eurer Befreiung.

Wählt am 26. April den roten Arbeiterkandidaten

Ernst Thälmann.

Ohnmacht oder Feigheit?

Der **Allgemeine Deutsche Beamtenbund** (ADB), die sogenannte „freie" Beamtengewerkschaft, hatte sich für den Sonntag ein Berliner Vorstandsmitglied verschrieben, das im großen Saale des Krollpalastes vor 110 Leutchen ein langatmiges Klagelied von der Entrechtung der Beamten, der Dreistigkeit der kapitalistischen Regierung und der Schuld des „neutralen" deutschen Beamtenbundes anstimmte. Im wesentlichen war es eine monotone Nachbetung der auf den Tischen niedergelegten Sondernummer der „Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung".

Das Besoldungsunrecht verewigt, die Notmaßnahmen **für die Gruppen 1—6 abgelehnt, die vierteljährliche Gehaltszahlung vertagt, das Sperrgesetz verlängert, die Personalabbauverordnung bleibt, desgleichen die Dienstzeitverlängerung, der Urlaub für die unteren Gruppen verkürzt,** das Beamtenrätegesetz verschwunden. **Wem hast du das zu danken?**

So klagt man, so fragt man.

Genosse **Schrapel** gibt die rechte Antwort: Die **Rentenmark,** die auch von den Beamten gepriesene Glanzleistung der Regierung, geschaffen und gestützt durch Ermächtigungsgesetze, und **Abbau auf Kosten der Beamten,** das **Londoner Abkommen,** zweite Glanzleistung, auch von den Beamten gepriesen, allein durchführbar **auf Kosten der Beamten** und sonstigen Arbeitnehmer. Die vom ADB. auf sein Konto gebuchte Wohnungsgelderhöhung, erbärmlich gering, ist erkämpft für den Hauswirt. Warum die Angst vorm Streik?

Man denkt keine Existenz (!) einzubüßen, keine **Beamtenrechte:** die **Unkündbarkeit** (durch die Abbauverordnung längst erledigt), die **Pension** (lächerlich gering und nie erreichbar, da die 10- und 12-Stundenarbeit den Beamten schon vor der Pension zum Friedhof schafft).

Der **DBB.,** schreibt und sagt man, ist eben **keine Macht.** Alle Schuld trifft ihn, er verhindert den Kampf. Ja, ist denn der **Allgemeine** Deutsche Beamtenbund eine **Macht?** Hat man ihm nicht die Tür gewiesen? Natürlich ist der DBB. dank seiner Feigheit zur Ohnmacht verdammt. Aber es ist bequem und gefährlich, mit der Feigheit des DBB. die **eigene Passivität** zu entschuldigen. Zusammengefaßt die Intelligenz der Beamtenmassen und gemeinsam mit der Macht der Arbeiterfäuste dem gerissenen kapitalistischen Klassengegner entgegengeworfen, und die Frage, ob

Hindenburg oder Marx ist überflüssig,

der Sieg der Gehalts- und Lohnempfänger ist sicher.

Es war bezeichnend, daß man die ganze Kraft verwendete, um auf den DBB. loszuhauen (auch der Eisenbahner Stein blieb in die Kerbe). Fast gewann es den Anschein, als ob man sich über die Feigheit des DBB. freute, um durch sie vor der eigenen Courage geschützt zu sein. Lächerlich wirkte die Anpöbelung Schrapels durch Stein; Schrapel sei ja selbst noch Mitglied des DBB. Er weiß genau, daß DBB. wie ADB. nur Korporationen, nicht Einzelmitglieder aufnehmen, und daß

alle sozialdemokratischen Lehrer noch im sächsischen Lehrerverein

und damit im DBB. sind. Also bitte, vor der eigenen Türe seiner Partei kehren. Daß die Rede des Referenten zuletzt den „Republikaner" als Präsidenten empfahl, von dessen kapitalistischer Einstellung Ermächtigungsgesetz und Abbau Zeugnis geben war ja keine Ueberraschung.

Beamte!

Könnt ihr diesen Abbaupräsidenten wählen?

Kämpft mit der revolutionären Arbeiterschaft gegen den Klassenfeind, wählt den

Arbeiter Thälmann.

Gemeine Sabotage der Bezirkskommission des ADGB. Plauenscher Grund

Die vom Bezirksausschuß des ADGB. Plauenscher Grund einstimmig beschlossene Demonstration wird von den Sozialdemokraten verhindert

Der Bezirksausschuß der Gewerkschaften des Plauenschen Grundes hatte in der Versammlung vom 19. März 1925 **einstimmig** beschlossen, **die Bezirkskommission solle am 1. Mai eine Demonstration für den Achtstundentag vorbereiten und durchführen.** Der Bezirksausschuß, der sich in seiner Mehrheit aus sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären zusammensetzt, hat diesem Antrag des Kollegen Schneider **einstimmig** zugestimmt. In seiner Begründung zu diesem Antrag hat damals der Genosse Schneider ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften die Pflicht haben, die Arbeiter am 1. Mai durch einen Massenaufmarsch zum Kampf für den Achtstundentag zu sammeln. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses Nitzsche hat mit dem Bemerken, daß wohl ein jeder Gewerkschaftler diesem Antrag ohne Diskussion zustimmen könne, über diesen Antrag abstimmen lassen. Der Antrag wurde denn auch **einstimmig angenommen.**

Wir haben damals im „Volksblatt" in einem Bericht über die Versammlung des Bezirksausschusses zum Ausdruck gebracht, **daß die Bezirkskommission diesen Beschluß sabotieren würde und haben wörtlich geschrieben:**

„Wir werden sehen, wie dieser Antrag und wie dieser Beschluß, der nach Feststellung des Vorsitzenden einstimmig war, durchgeführt wird. — Abwarten! —"

Unsere Ahnung hat uns nicht betrogen. Zu feig, die Arbeiter des Plauenschen Grundes auf die Straße zu führen, versuchen die „rechten" und „linken" Sozialdemokraten und Gewerkschaftsangestellten gemeinsam, diesen ihnen unangenehmen Beschluß zu sabotieren. Wer bisher noch der Auffassung war, daß die „linken Sozialdemokraten", wie Patzig und Schaarschuh für die Durchführung des Beschlusses eingetreten wären, der wird sich auch diesmal davon überzeugen müssen, daß die Linken bereit sind, jeden Verrat der Rechten mitzumachen und zu decken. Die Bezirkskommission, die den Beschluß des Bezirksausschusses durchzuführen verpflichtet ist, gibt in einem Rundschreiben an die einzelnen Gewerkschaften folgendes bekannt:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirkskommission Plauenscher Grund
Freital, Untere Dresdner Str. 120. Freital, April 1925.

An die Vorstände der Gewerkschaften.

Werte Kollegen!

Zur Organisierung der diesjährigen Maifeier ist ein Maikomitee gebildet worden. Dieses besteht aus Vertretern der SPD. des 6. Unterbezirks und den Vertretern der Bezirkskommission Freital. Wie alljährlich so soll auch in diesem Jahre eine Maikarte vertrieben werden. Der Erlös ist bestimmt zu einem Teil zur Deckung der durch die Maifeier entstandenen Unkosten. Das Maikomitee hat beschlossen, die Maikarten zum Preise von 10 Pfg. abzugeben. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters, sich eine Maikarte zu kaufen. Die Gewerkschaften werden ersucht, ihren Bedarf an Maikarten sofort im Arbeitersekretariat Freital, Untere Dresdner Straße 120, zu decken. Die von uns vertriebenen Maikarten berechtigen **nicht** zur Teilnahme an der Maiveranstaltung im Stadion in Dresden.

Es finden im Bezirk des Plauenschen Grundes folgende Maiveranstaltungen statt:

vorm. 9 Uhr: Demonstrationsversammlung im „Döhlener Hof". Ansprache, Rezitation, Arbeiterchöre.

nachm.: Deuben, Coßmannsdorf, Tharandt, Hintergersdorf, Weißig 3,30 Uhr Kommers im Schützenhaus in Tharandt. Potschappel, Döhlen, Wurgwitz, Postewitz 3,30 Uhr Kommers im Gasthof Kohlsdorf.
Gittersee und Kleinnaundorf 7,30 Uhr Kommers im Gasthof Gittersee.

In der Presse wird noch durch ein Sammelinserat auf die Maiveranstaltungen hingewiesen werden.

Besten Gruß!
E. Liebelt.

Dieser jämmerlich feige Beschluß der Bezirkskommission ist nichts anderes als

eine glatte Sabotage

des einstimmig gefaßten Beschlusses des Bezirksausschusses. Diesen feigen Verrat versuchen nunmehr die „Linken" den Arbeitern in den Betrieben schmackhaft zu machen, so hat z. B. der „linke Patzig" in der Gußstahlhütte berichtet, daß in diesem Jahre von den Gewerkschaften eine „Maidemonstration" gemacht würde, **und hat dabei wohlweislich unterschlagen, daß man sich bei dieser Maidemonstration in ein Lokal verkriecht, um bei Gesang und Rezitationen den 1. Mai zu „feiern". Echte „linke" Manieren.**

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Freital des Fabrikarbeiter-Verbandes nahm in ihrer Sitzung vom 20. April zu diesem Sabotageakt der Bezirkskommission Stellung und hat nachstehende Entschließung **einstimmig** (bei Stimmenthaltung der beiden SPD.-Kollegen) angenommen:

Entschließung.

Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes erhebt gegen die Beschlüsse der Bezirkskommission, die eine glatte Sabotage der Beschlüsse des Bezirksausschusses bedeuten, schärfsten Protest. Die Ortsverwaltung verurteilt das Verhalten der Bezirkskommission in der schärfsten Weise und beschließt, den Verkauf der von der SPD. und Gewerkschaftskommission gemeinsam herausgegebenen Maikarten abzulehnen und durch die Organisation nicht zu vertreiben. Die Verwaltung der Zahlstelle erklärt, daß die Bezirkskommission mit diesem Beschluß erneut beweist, daß sie nicht den Willen hat, ernsthaft für den Achtstundentag zu kämpfen.

Linke SPD. und rechte Gewerkschaftsführer verhindern gemeinsam die Demonstration der Arbeiter. **Zum Gespött für die Unternehmer dekatieren diese Leute den 1. Mai zu einem erbaulichen Ruhetag. Der Kampfwille der Arbeiter soll nicht zum Ausdruck kommen. Damit zeigen diese Leute den Arbeitern erneut, daß sie gar nicht den Willen haben, ernsthaft für die Zurückeroberung des Achtstundentages zu kämpfen.** Die Maifeier der Bezirkskommission soll zu einem Parteigeschäft für die SPD. benutzt werden. Es ist verständlich, und die Arbeiter des Plauenschen Grundes werden verstehen, daß es unmöglich ist, die Arbeiter zu einer Demonstration für den Achtstundentag am 1. Mai aufzurufen und zu gleicher Zeit von den Arbeitern zu verlangen, den Räuber des Achtstundentages, den Zentrumspfaffen Marx zu wählen. Die Arbeiter werden diesen Saboteuren des 1. Mai die richtige Antwort geben und die Demonstration der revolutionären Arbeiter am 1. Mai zu einer mächtigen Kundgebung gestalten.

In Polen werden Gewerkschaften verboten

Der Verband der Tabakindustriearbeiter in Warschau ist von den gerichtlichen Instanzen **zum dritten Male** geschlossen worden. Der Verband wurde im vorigen Jahre schon zweimal geschlossen. Der Vorstand des Verbandes in der Person der unter den Arbeitermassen Warschaus populären Funktionäre Bitner, Ullmann u. a. wurde zu gerichtlicher Verantwortung herangezogen. Wie uns mitgeteilt wird, sind unter den Mitgliedern des Verbandes der Lederarbeiter und der jüdischen Verbände ebenfalls Massenhaussuchungen und Verhaftungen vorgenommen worden. Insgesamt wurden 130 Personen verhaftet, davon sind 36 Personen aus dem Polizeiarrestlokal ins Gefängnis überführt worden.

Achtstundentag

Keine Minute länger, das ist der Normalarbeitstag.

Fordert von den Gewerkschaftsspitzen die Einlösung ihrer Wahlversprechen.

Fordert von ihnen den Kampf um den Achtstundentag.

Nicht Washington, sondern ausnahmsloser Achtstundentag.

Das ist die Forderung der Arbeiterschaft.

Deutscher Baugewerksbund

Sektion der Kalk- und Ziegelträger.

Freitag den 24. April, nachmittags Punkt 5,30 Uhr Versammlung im Volkshaus, Saal 1, Schützenplatz 20. Tagesordnung: Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Die Sektionsleitung.

„In schwerster Zeit haben wir den Achtstundentag beseitigt. . . . . Einen schematischen Achtstundentag werden wir nicht mehr einführen können. Wir verlangen von der Arbeiterschaft Ordnung, Fleiß und Arbeitseifer."

Marx (Postenbewerber des Volksblocks)
in seiner Rede auf dem Zentrumsparteitag 1921

Jeder klassenbewußte Gewerkschaftler stimmt für den Arbeiter Thälmann!

SLUB
Wir führen Wissen.

Das Blutregiment in Bulgarien

(Von unserem Korrespondenten.)

Nisch, 17. April 1925

Wenn die bürgerliche und die sogenannte „demokratische" Presse Deutschlands sich über das „Kirchenattentat" in Sofia entrüstet und ihre Sympathie für die Regierung Zankoff zum Ausdruck bringt, so muß sie wissen, daß sie sich dadurch mit gemeinen Verbrechern, mit einer **Regierung von Haarmännern solidarisiert.**

Die Großbourgeoisie Bulgariens, vertreten durch das faschistische Kabinett Zankoff — General Russeff — dem **Sozialdemokraten Kasassoff**, eröffnete die Aera ihrer Regierung durch massenhaftes Abschlachten von Arbeitern und Bauern. In der Nacht des 9. Juli und im Monat September 1923 wurden **Tausende von Arbeitern und Bauern auf grausamste Weise umgebracht. In dieser grausigen Liste befinden sich 4 Minister, 13 Abgeordnete, 9 Bürgermeister, 23 Rechtsanwälte, 32 Lehrer und viele Aerzte, Ingenieure, Pfarrer, Studenten und Schüler.**

Um seine Macht zu festigen und die Kampfeinheit in den Städten und auf dem Lande ein für allemal zu vernichten, **provozierte** das faschistisch-sozialdemokratische Kabinett Zankoff-Kasassoff durch massenhafte Verhaftungen und Ermordungen von Arbeiter- und Bauernführer den Septemberaufstand 1923. Hunderte von Menschen wurden von den Städten und Dörfern herausgeholt, mit Lastautos nach bestimmten Hinrichtungsstellen abtransportiert und dort erbarmungslos hingeschlachtet, anderen wurden Körperteile abgeschnitten und ihr Tod in langsamen Qualen herbeigeführt. Gefangene wurden von hohen Felsen herabgestürzt, Verwundete hinter rasende Autos gebunden, mit ihrem Blut die Landstraßen übergossen, Samariterschwestern ermordet und unzählige Frauen vergewaltigt. Das weiß jedes Arbeiter- und Bauernkind, jede trauernde Arbeiter- und Bauernfamilie.

Ein „Gesetz zum Schutze des Staates" kam noch im selben Jahre — um die Verbrechen der Mörderbande zu decken — und um künftigen Progromen Gesetzeskraft zu verleihen.

Die große Kommunistische Partei, die einzige Arbeiterpartei im Lande, wurde in die **Illegalität** gedrängt, die gesamte Arbeiterpresse unterdrückt, der Bauernbund, besonders die zahlreichen Anhänger der Einheitsfront mit der Arbeiterschaft, einem nichtaufhörenden Terrorregime unterworfen.

Die folgenden Monate stellten eine Kette grausiger Attentate gegen das Leben und die Freiheit der arbeitenden Massen Bulgariens dar.

Dann kam der zweite September 1924. Die **mazedonische revolutionäre Organisation** näherte sich mehr und mehr der allgemeinen Freiheitsbewegung der Arbeiter und Bauern auf dem Balkan und machte sich die Parolen „Kampf gegen die eigene und fremde Bourgeoisie, Balkanföderation des arbeitenden Balkans" zu eigen.

Um sich dieser neuen Gefahr zu entledigen, bereitete Zankoff und sein mazedonischer Komplize, General Protogeroff, die Zerstörung der mazedonischen revolutionären Organisation vor.

Im September vorigen Jahres wurden **Hunderte** mazedonischer Führer von Regierungsagenten tückisch ermordet.

Als Vertreter der großkapitalistischen Kreise haben die heute regierenden Professoren und Generale das Land an den wirtschaftlichen Abgrund getrieben. Die wirtschaftliche Krise hat nie dagewesene Dimensionen angenommen.

Um die Gunst der Entente für sich zu gewinnen, treibt Zankoff nicht eine „Erfüllungs-, sondern eine „Ausverkaufspolitik": den Ententevertretern gegenüber weiß er nur eine Sprache: Wir sind bereit, alles zu bezahlen! Und tatsächlich hat es Zankoff so weit gebracht, daß, nach dem Eingeständnis des Regierungsorgans „Slowo", das vier-millionenköpfige Bulgarien eine Unsumme von zirka 120 Milliarden Lewa zu entrichten hat. (Goldlewa gleich 80 Pfennige.)

Das Reparations- und Polizeibudget der Regierung für das laufende Jahr wird eine **Verdoppelung** im Vergleich zu dem Budget von 1922/23 erfahren.

Die Steuern, die das Budget ins Gleichgewicht bringen sollen, haben sich in eine unerträgliche Last für die arbeitende Bevölkerung verwandelt. Das Regierungsblatt „Slowo" (3. Januar 1925) schreibt: „Die Steuereinnahmen erfolgen auf Kosten einer ungeheuren wirtschaftlichen Zerrüttung und gefährlicher sozialer Erschütterungen."

Angestelltenabbau. Die Regierung kündigt 40 000 Entlassungen an, das ist die Hälfte aller Staats- und Gemeindeangestellten; bis jetzt sind 8000 auf die Straße gejagt.

Arbeitslos waren weit über 100 000, das ist ein gewaltiger Prozentsatz der gesamten Stadt- und Landbevölkerung.

Infolge der vernichteten Zahlungsfähigkeit der breiten Massen ist das **Wirtschaftsleben im Lande völlig lahmgelegt.**

Die Nutznießer des wirtschaftlichen Elendes Bulgariens sind einige Exportfirmen, die, gestützt auf die Regierungsmacht, eine schamlose Spekulation mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen organisiert haben.

Als Bulgarien 1924 infolge der Mißernte durch eine Hungerkatastrophe bedroht war, ließ die Regierung die Getreideausfuhr frei. Folgen: Anfang dieses Jahres hungerte das landwirtschaftliche Bulgarien; heute essen die Massen verdorbenes Brot aus amerikanischem und jugoslawischem Mehl zu Wucherpreisen; eine nie dagewesene Verteuerung der Preise der übrigen Lebensmittel hat eingesetzt. Die kartellierten Tabak- und Zucker-Exportfirmen haben Milliarden auf Kosten der hilflosen Kleinproduzenten eingesteckt.

Um bei seinen Ausfuhrgeschäften vor steuerlichen Eingriffen geschützt zu werden, sucht das bulgarische „patriotische" Kapital Unterkunft bei dem im Lande eingedrungenen ausländischen Kapital, welches — nach der Untersuchung des bürgerlichen Nationalökonomen Botscheff — die Methoden der kolonialen Ausbeutung der bulgarischen Wirtschaft gegenüber anwendet. Die 50 ausländischen Aktiengesellschaften, in denen das bulgarische Kapital das ausländische um das Dreifache übersteigt, haben das Land wirklich in eine Kolonie umgewandelt. Auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Regierung Zankoff den ganzen Staatsapparat in den Dienst des Spekulantenkapitals gestellt und die schamloseste Auspowerung der Arbeiter, Bauern und des Mittelstandes herbeigeführt.

Je schärfer der Terror der Regierung, um so inniger wurde die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern. Ihrer Macht und ihrer geschichtlichen Rolle bewußt, haben sie nie den Weg des Terrors eingeschlagen.

Die letzten Monate brachten eine neue Morowelle. Nachdem der Bauernführer, Abgeordneter Petkoff ermordet wurde, folgte eine **Reihe von Mordanschlägen gegen die Arbeiterführer**; auf offener Straße in Sofia wurden die kommunistischen Abgeordneten H. Dimoff, Strajchimiroff und H. Stoyanoff niedergeknallt. Im ganzen Lande wurden „konspirative Organisationen" „entdeckt", das heißt, die Polizeiorgane verhafteten alle ihnen unbequemen Personen und setzten sie bestialischen Mißhandlungen aus, um „Geständnisse" zu erzwingen oder ermordeten sie einfach in den Gefängnissen (unter anderen Daskaloff, Lehrer, Wela Pilkowa und Galtschanoff, W. Iwanoff, Dorossieff, Simeonoff, Strinowski, H. Dimitroff, Schuleff). Massenverhaftungen wurden im ganzen Lande unternommen. Das „Gesetz zum Schutze des Staates" wurde ungeheuerlich verschärft, ein neues „Polizeigesetz" gab der Polizei gerichtliche und vollziehende Gewalt, die ganze Presse der arbeitenden Massen wurde verboten, die Redakteure verhaftet oder interniert. Alles besagt, daß die Regierung eine neue Provokation vorbereitete, um ihre erschütterte Macht durch die blutige Niederwerfung der Massen zu retten.

Um ihre Höllenabsichten zu verschleiern, schrie sie und ihre Presse Tag für Tag von „bolschewistischer Gefahr" und bestimmte sogar den „Tag" der Revolution, indem sie einen ganz plump gefälschten Plan als das „Werk Moskaus" veröffentlichte.

Das Attentat in Sofia ist auf die von der Regierung Zankoff und ihrer Mörderzentrale geschaffenen Atmosphäre zurückzuführen. Im Laufe von bald zwei Jahren lebt das bulgarische Volk unter dem Druck einer blutigen wirtschaftlichen Aussaugung und eines bestialischen politischen Terrors. Es gibt kaum Arbeiter- und Bauernfamilien, die nicht Angehörige in der Emigration, in den Gebirgen und in den Gefängnissen hat oder Verstümmelte und Ermordete beklagt. Das unermeßliche Elend und die blinde Verzweiflung treiben zu Aktionen, die nicht Kampfmittel der großen Massenpartei sind. Die geschichtliche Verantwortung für diese Ausartung des politischen Lebens Bulgariens trägt jene untergehende Klasse und jene Henkerregierung, die in anderthalb Jahren „Regierens" — nach Feststellung des königlich-belgischen Ministers Vandervelde — **18 000 Leichen auf ihrem Gewissen** haben.

Zentrum und Sozialdemokratie

Die Sozialdemokraten, die alle Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes zum alten Eisen geworfen haben, machen mit Pauken und Trompeten für den Zentrumsmann Marx als Präsidentschaftskandidaten Propaganda. Es ist interessant, zu erfahren, wie das Zentrum zu der Sozialdemokratie steht. Am 19.—22. Dezember 1913 fand in Köln ein Beleidigungsprozeß (bekannt unter dem „Kölner Gewerkschaftsprozeß") der christlichen Gewerkschaftsführer Giesberts und Stegerwald und Genossen gegen den sozialdemokratischen Redakteur der „Rheinischen Zeitung" Sollmann und acht andere Redakteure sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Blätter vor dem Schöffengericht statt. Die Angeklagten wurden damals mit Geldstrafen von 50 bis 500 Mark bestraft. Die katholische Kirche hat bei der Reichstagswahl 1912 in Duisburg und Bochum unter Androhung jedes kirchlichen Zwangs verboten, sozialdemokratisch zu wählen. Darüber befragt, erklärt Imbusch, der jetzige Reichstagsabgeordnete, folgendes:

„Für uns wäre jeder andere besser gewesen als der Sozialdemokrat. Ich habe damals sogar gesagt, wenn wir in Bochum den Teufel wählen müßten, so ist das immer noch besser wie Hue."

Hue war der sozialdemokratische Kandidat. Das Zentrum wählt lieber den Teufel als den Sozialdemokraten, die Sozialdemokraten aber wählen den Zentrumspfaffen Marx. Darauf gibt es nur eine Antwort:

Wählt Thälmann!

•

Die Entente-Imperialisten bewaffnen Henker-Zankoff

Die Ententemächte lassen der Henkerregierung jede nur mögliche Hilfe angedeihen. Die Pariser Interalliierte Militärkontrollkommission hat die bulgarische Forderung auf Erhöhung des Armeebestandes um weitere 10 000 Mann bereits wohlwollend behandelt. Die englische Regierungspresse schreibt natürlich, daß an dem Attentat in Sofia die Sowjetregierung beteiligt sei, daß man aber die bulgarische Regierung „gegen die Sowjetregierung" mit allen Mitteln unterstützen müsse. Auch eine Verstärkung der bulgarischen Flotte ist zu diesem Zweck in Aussicht gestellt. Auch der Pariser „Temps" bläst in dasselbe Horn und betont das Interesse aller Ententemächte an einer gemeinsamen Abwehr der Bolschewistengefahr auf dem Balkan, wobei besonders auf die weitere Förderung des Balkanblockes und die bevorstehende Konferenz der Kleinen Entente hingewiesen wird. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß unter der Maske der Abwehr die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland gefördert werden sollen.

Der Sowjetbotschafter in Rom hat die Verdächtigungen der Sowjetregierung energisch zurückgewiesen und darauf hingewiesen, wie Berliner und Rigaer Fälscherzentralen sogenannte Sowjetdokumente fabrizieren.

Bezeichnend sind einige sozialdemokratische Stimmen zu den Verhältnissen in Bulgarien. Das englische Organ „New Leader" schreibt:

„In Bulgarien ist die Ermordung unliebsamer Gegner durch Kreaturen der Regierung und wahrscheinlich mit ihrer Billigung die alltägliche Regierungsmethode geworden. Im Monat Januar allein sind nicht weniger als 150 politische Morde zu verzeichnen. Der faschistische Terror sucht sich die anerkannten Führer der Bauern und Arbeiter, ihre Abgeordneten, Gewerkschaftsführer und Journalisten aus. — Die sozialdemokratische Wiener „Arbeiter-Zeitung" hat bereits vor dem Attentat in Sofia auf die besondere Schuld der bulgarischen Sozialdemokratie an den dortigen Zuständen hingewiesen, indem sie ihnen vorwarf, sich „in ihrem Haß gegen die Kommunisten und die Bauern in die beklagenswerte Gesellschaft der Zankoff-Regierung" begeben zu haben.

•

Sozialdemokratische Führer im Bunde mit der Klassenjustiz gegen Kommunisten

In **Waldenburg** in Oberschlesien wurde auf Veranlassung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer **Fritsche, Kramer** und des Bergwachtredakteurs **Hertelt** der Genosse Paul **Birke** aus Wüstegiersdorf unter Anklage gestellt. Den Anlaß dazu bot eine öffentliche Versammlung, in der der Genosse **Birke** über die Zustände innerhalb der Republik und über das Verhalten der SPD. gesprochen hatte. Er wurde wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, **das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 500 Mark oder 6 Wochen Gefängnis!** Jeder Kommentar ist darüber überflüssig!

Verlag: „Arbeiterstimme" Dresden. — Druck: „Peuvag" Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionszeit"

von **P. E. Dybenko**

Deutsch von Eduard Schiemann

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

(17. Fortsetzung.)

Wir forderten Absetzung des Obersten Iwanow und eine gerichtliche Untersuchung, denn bei der Reparatur der gerichtliche Untersuchung, denn bei der Reparatur der Schiffe ginge es nicht mit rechten Dingen zu. Wir wiesen darauf hin, daß im Hafen unerträgliche Zustände herrschten, die der Kontrolle des Volkes verborgen blieben. Daher hätten wir die Organisation des Zentrobalt beschlossen und hofften, daß dadurch die Mängel beseitigt würden. Es sei eine Bestätigung seitens des Ministers und eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich. Wir schoben ihm unsere Satzungen hin, Kerensky las die ersten Paragraphen flüchtig durch, sein Gesicht verfinsterte sich . . . . Nach kurzem Nachdenken forderte er uns auf, unsere Satzungen von der sogenannten Zentroflotte „sanktionieren" zu lassen. Die Bestätigung unserer Organisation geruhte er sofort zu verfügen: durch eine Veröffentlichung im Tagesbefehl. Wir hatten, was wir wollten — eine öffentliche Anerkennung unserer Organisation, die Bestätigung unserer Satzungen werden wir schon durchdrücken.

Vom Minister gingen wir zur Zentroflotte. Als große staatliche Behörde, die obendrein älter war als wir, empfing sie uns recht unfreundlich: wie untersteht ihr euch, ohne unser Wissen auf die Welt zu kommen? Das gibt es einfach nicht! Ihr seid einfach nicht da!

„Bitte bedenken Sie doch, daß wir unsere Tätigkeit bereits voll entfaltet haben, daß die Matrosen sich mit allen ihren Anliegen an uns wenden . . . Uebrigens hat der Minister bereits den Befehl erteilt, uns als Behörde anzuerkennen."

Das machte sie noch wütender. Um dem Streit ein Ende zu machen, ließen wir in der Zentroflotte ein Exemplar unserer Satzungen zurück und machten uns mit der Bestätigung des Ministers in der Tasche auf die Heimreise. Beim Abschied unterließen wir es nicht, den Minister zu der ersten Konferenz der baltischen Flotte einzuladen. Mit leichten Schritten und munter plaudernd, verließen wir das Ministerium in der Richtung nach dem finnländischen Bahnhof. Ich gestehe offen ein, — es war sehr angenehm, mit der erreichten Bestätigung zurückzukehren.

6.

In den Schaufenstern, an den Ecken der Häuser, in der Straßenbahn, an den Bahnhöfen, überall, wo man hinsah, leuchteten geschmückte Plakate mit rotweißen Aufschriften: „Freiheits-Anleihe". Und gleich daneben Hunderte von verschiedenen Losungen: Kriegsanleihe, für die Rettung des Vaterlandes und der Revolution. Wer nicht zeichnet, ist ein Feind des Vaterlandes und der Revolution usw. usw. Diese Aufrufe trafen einem ins Herz, man hätte weinen mögen. Die demokratische Regierung wollte doch Vaterland und Revolution mit Feuer und Schwert retten? Und mit Munition, Waffen und Menschen obendrein. Es handelte sich jetzt doch um das ganze Volk, um einen „Krieg für die Freiheit". Wer kann es leugnen, daß wir jetzt eine „demokratische" Regierung haben. Wir wollen nicht warten, bis die Kapitalisten ihren Beutel hervorziehen, wir wenden uns ans Volk, fordern es auf, seine Spargroschen für die große Sache herzugeben! Und es werden wieder neue Kanonen, Maschinengewehre, Geschosse, Patronen und revolutionäre junge Soldaten nach der Front ziehen. Alle Löcher der Front müssen wieder zugestopft werden! Dann nehmt euch in acht, ihr Dardanellen! Die Regierung versendet an alle Sowjets Telegramme: „Stimmt für die freie Kriegsanleihe! Werbt Freiwillige für die Armee an! Nehmt euch ein Beispiel an Petersburg: schon ziehen freiwillige Bataillone der neuformierten Stoßtruppen an die Front. Und was für Stoßtruppen! Weibliche Bataillone! Das Fräulein Fähnrich Botschkarjowa hat das Kommando übernommen. Alexander Fjodorowitsch Kerensky ist zum Ehrenmitglied der Stoßtruppe ernannt worden. Er wird nach einer Weile selbst an die Front fahren, geradewegs in die Schützengräben hinein und mit dem Gewehr in der Hand gegen die Deutschen ziehen!

Nach derartigen Telegrammen und Aufrufen wurde es einem ganz schwül zu Mute. Der Helsingforser Sowjet gibt sich alle Mühe, seine Ergebenheit und Treue der „Revolution" gegenüber überzeugend nachzuweisen. Nach allen Richtungen läuten die Telephonapparate: „Bitte, dringendes Telegramm. Höchst dringend. Telephonogramm. Morgen, genau um zwölf Uhr mittags, findet eine außerordentliche Sitzung des Sowjets unter Beteiligung sämtlicher Schiffs- und Armeekomitees und Gewerkschaftsverbände statt. Tagesordnung: Freiheitsanleihe. Vorsitzender: Garin." Da merkt man gleich, — das sind eifrige Leute! Auf die kann man sich verlassen. Um zwölf Uhr pflegt ein gewöhnlicher Mensch zu essen, und sie — veranstalten eine außerordentliche Sitzung! Und noch dazu aus Anlaß der Kriegsanleihe. Mit anderen Worten: Her mit deinem Groschen! Und wie werde ich nachher meinen Kaffee im Kaffeehause bezahlen? Aber es ist nichts zu machen. Befehl ist Befehl. Es ist wenigstens gut, daß man dabei nicht viel zu reden braucht.

Heute soll aus Petersburg die Genossin Kollantai hier ankommen. Sie wird eine Rede halten, und wir werden uns an den Debatten beteiligen. Es ist befohlen, frühmorgens in der Parteigruppe zu erscheinen. Das muß ich sagen, bei uns ging es streng zu: kommst du zu spät, oder, noch schlimmer, überhaupt nicht, dann beauftragt dich Antonow-Owsiejenko sofort mit zwei Extrareden, die du beim nächsten Meeting außer der Reihe halten mußt. Man möchte gern zur rechten Zeit in der Parteigruppe sein, aber auch diese auswärtigen Leuchten möchte man sich gern ansehen und ihnen dies und jenes anraten, ehe sie ihre Rede halten. Denn sie kennen die Psychologie unserer Matrosen möglicherweise nicht und können einen solchen Bock schießen, daß unsere Seeleute zurückschrecken, sich zu der anderen Partei schlagen, — und für die freie Kriegsanleihe stimmen. Aber an diesem Morgen kam ich überhaupt nicht in die Parteigruppe. Die Geschäfte des Zentrobalt haben uns abgehalten. Auch wir stimmten über die Anleihe ab, stimmten natürlich gegen sie . . . .

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

KPD Versammlungskalender

Freital. Erweiterte U.-B.-Sitzung Donnerstag den 23. April 1925, abends 7 Uhr im Rathaus Deuben.

KPD. Buchdrucker Groß-Dresden. Montag, 27. April, nachmittags 5 Uhr.

Fraktionssitzung

im Druckerei-Gebäude, Güterbahnhofstraße 2. 1. Hinterh. Alle erscheinen, da wichtige Tagesordnung. **Fraktionsleiter.**

KPD.-Eisenbahner Groß-Dresden. Freitag, 24. April, Fraktionssitzung im Restaurant „Zum Palmbaum", Freiberger Straße. Aeußerst wichtige Tagesordnung. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht eines jeden Genossen. Beginn 7,30 Uhr. Die Leitung.

Zellengruppe 5 Striesen. Donnerstag, 23. April, abends 7 Uhr, Versammlung im „Bärensteiner Hof".

Zellengruppe Mickten-Kaditz. Freitag, 24. April, abends punkt 7,30 Uhr, im „Rankeschlößchen" Mitgliederversammlung.

Dresden-Leuben. Freitag den 24. April **Frauenversammlung.** Gasthof Dr.-Leuben, kleiner Saal, 7,30 Uhr abends. **Gen. F. Koch spricht** über §§ 218 und 219.

Zellengruppe 1 Dresden-N. und W. (Distrikt Pieschen.) Freitag, 24. April, abends 8 Uhr, im „Wurzener Hof", Leisniger Straße, Ecke Wurzener Straße, **außerordentliche Mitgliederversammlung.**

Zellengruppe NO. 3. Diese Woche ist die Mitgliederversammlung Freitag, den 24. April, bei Wiedemanns, Kasernenstraße 19.

Kommunistische Jugend Altstadt. Jeden Donnerstag 7,30 Uhr im Restaurant Milek, Fischhofplatz, Versammlung. Gäste willkommen.

Kommunistische Jugend Johannstadt trifft sich jeden Donnerstag 7,30 Uhr im Restaurant „Sportek", Pfotenhauer- Ecke Neubertstr.

Kommunistische Jugend, Pieschen. Jeden Donnerstag 7,30 Uhr im „Wurzener Hof", Wurzener Straße, Ecke Leisniger Straße.

Jung-Spartakusbund Groß-Dresden. Rüstet zu einer Heidewanderung mit Schnitzellauf am 10. Mai. Um 9 Uhr an dem Platz, wo wir am 1. Januar gewesen sind.

SSB. Striesen trifft sich jeden Mittwoch 5 Uhr „Suez-Kanal", Glashütter Straße, Ecke Pauensteiner Straße.

JSB. Mickten-Kaditz. Jeden Mittwoch 5 Uhr „Rankeschlößchen. Rankestr.. Zusammenkunft.

Arbeitersport

Touristenverein „Die Naturfreunde". 1. Bezirk. **Alt- und Friedrichstadt.** 23. April: Humoristischer Lichtbildervortrag. — **Cotta.** Erzgeb. Abend. — **Plauen-Löbtau.** Vortrag: Schicksale der Völker. 2. Teil. — **Striesen.** Berichte von Osterfahrten. — **Johannstadt.** Abend in Lausitzer Mundart. — **Pieschen-Mickten-Kaditz.** Diskussionsabend mit Fragekasten. — **Naturkundesektion.** 24. April: Die fließenden Gewässer des weiteren Dresdner Stadtgebietes. — **Photosektion.** 24. April: Grobe Retusche; Gen. Peter. — **Hausausschuß.** 21. April: Sitzung 7,30 Uhr Geschäftsstelle. — **Jugendabteilung.** 21. April: Versammlung. — **Bannewitz.** Jugendabt. 23. April: Jugendabend. — **Loschwitz.** 24. April: Lichtbildervortrag: Die Südsee. Im Kurhaus Bühlau. — **Löbtaitzortschaften.** 21. April: Verw.-Sitzung und Vortrag. — **Briesnitz-Cossebaude.** 23. April: Erlebnisse aus Norwegen. — **Hellerau.** 23. April: Arbeitsabend für den Werbeabend. — **Boxdorf.** 21. April: Wanderberichte. — **Ottendorf-Okrilla.** 21. April: Verw.-Sitzung bei Gen. **Wenzel.** — **Rabenau-Oelsa.** 20. April: Führersitzung. — **Schmiedeberg.** 21. April: Mitgliederversammlung 7,30 Uhr Vereinslokal.

„Freie Turner". Gruppenvertreter 1. Gruppe. Montag, 27. April, im Volkshaus wichtige Sitzung punkt 7 Uhr. Jeder Verein bringt das Quartierausschußmitglied mit. Ausgabe des Materials zum Bezirksfest.

Frauenabteilung des Arb.-Turnvereins „Freie Turnerschaft", Bischofswerda. Sonntag, 26. April, Frühjahrsvergnügen verbunden mit turnerischen Aufführungen in Schönigs Gasthof, Schönbrunn. Beginn 6 Uhr. Der Turnwart.

Naturfreunde Loschwitz-Bühlau. Freitag, 25. April, abends 8 Uhr, Lichtbildervortrag im Kurhaus Bühlau. Vortragender Lehrer Donneberg.

Verein für volkstümlichen Wassersport. Bootabteilung. Freitag, 24. April, 7,30 Uhr im Volkshaus Monatsversammlung. Wichtige Tagesordnung.

ARB. Solidarität. Ortsgruppe Dresden-Leuben. Wegen der Wahl fällt die Ausfahrt Sonntag, 26. April, nach Sebnitz aus. Dafür Halbtagstour nach Meißen. Abfahrt 12 Uhr Gasthof Dobritz.

Roter Frontkämpferbund

RFB. Striesen stellt Mittwoch abends 6 Uhr Pohlandplatz zur Begrüßung von Genossen Thälmann. Alle pünktlich erscheinen.

RFB. Zentrum. Mittwoch, abends 5,45 Uhr, Stellen Fischhofplatz. Abmarsch 6 Uhr. Alles erscheinen!

Roter Frontkämpferbund. Ortsgruppe Gittersee. Nächste Versammlung am Freitag, den 24. April, in der Rehbockschänke, Punkt 8 Uhr Anfang. Erscheine jeder pünktlich. D. L.

Vereinskalender

Unterbezirk Tracheaberge. Mittwoch den 22. April, abends 7,30 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Restaurant „Sauer", Döbelner Straße.

Loschwitz. Gem. prol. Freidenker. Sonnabend, 25. April, abends 8 Uhr, Versammlung im „Unteren Gasthof".

Freie Turnerschaft, Heidenau am 16., 17. u. 18. Mai Stadionweihe!

Theater am Wasaplatz
Heute und folgende Tage:
Die ewige Sünde!
Drama in 5 Akten von C. M. Jacoby.
Beginn Wochentags 8¼ Uhr, Sonntags 7½ Uhr
Sonn- und Feiertags 3½ Uhr nachmittags:
Hänsel und Gretel
Kinder-Vorstellungen von Henny

Albin Hempe,
Ebersbach i. Sa., Marktplatz
empfiehlt **Saatkartoffeln**
1589 frühe und späte
sowie **Speisekartoffeln**
Apfelsinen u. s. w.

Zittau! Zittau!
Frühe und späte
Saatkartoffeln
sowie gute Speisekartoffeln
1542 empfiehlt
Ernst Wildau, Zittau, Fernspr. 267

Achtung! An alle Kolporteure!
Die nächste 3 Stundenrate ist am 25. April fällig. Die Lieferung für die 1. Hälfte im Mai erfolgt nur nach den zahlenmäßig abgerechneten Exemplaren zuzüglich Neubestellungen.
Die Expedition

Frische Seefische
ab jeden Donnerstag
sowie Pökelschweinsköpfe — ℔ per. Speck
empf. Lebensmittelhalle
Ernst Krause
EBERSBACH

Alle Lebensmittel!
Alle Rauchwaren!
Immer billigst!
WILHELM BAEGE
1587 **PIRNA**

Tymians Täglich
Das **Thalia-** 8 Uhr
einzige wirkliche **Theater**
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Ebersbach Ebersbach
Arbeiter! Schallplatten Stück nur 2 Mk.
Bei Bestellung von **6 Mk. portofreier Versand** nach allen Orten
Herm. Säuberlich, Ebersbach i. Sa.
Bitte Verzeichnisse verlangen! 1610

1564
Den guten
Fleischsalat
gibt es nur in
Pirna, Markt 14
bei Fleischermeister PAUL

Büchners Wiw. Nachfg.
Inh. Zorn & Ludwig
Reichenau i. Sa.
Kolonialwaren, Weine
Spirituosen, Zigarren

Regenschirme
Bewährte Stoffe / Gute Ausführung
Bezüge u. Reparaturen in kurzer Zeit
Werkstatt für alle Schirmarbeiten
Gegründet 1865
MORITZ KOTZER Inh. M. Gärtner **Pirna, Barbiergasse 11**

Abgabe nur an Mitglieder
GEG
Abgabe nur an Mitglieder
Teigwaren

Figurennudeln, lose	40 Pf.
Teiggraupen, lose	40 Pf.
Schnittnudeln, lose	40 Pf.
Schnittnudeln, 1-Pfd.- u. ½-Pfd.-Pakete	50,25 Pf.
Eiernudeln, 1-Pfd.- u. ½-Pfd.-Pakete	68,34 Pf.
Fadennudeln, lose	42 Pf.
Fadennudeln, 1-Pfd.- u. ½-Pfd.-Pakete	52,26 Pf.
Eierfadennudeln, 1-Pfd.- u. ½-Pfd.-Pak.	68,34 Pf.
Makkaroni, lose	56 Pf.
Makkaronibruch	52 Pf.
Makkaroni, 1-Pfd.- u. ½-Pfd.-Pakete	60,30 Pf.
Eiermakkaroni, 1-Pfd.- u. ½-Pfd.-Pak.	68,34 Pf.
Makkaronihörnchen	54 Pf.

Konsumverein
Vorwärts
Jeder Verbraucher kann die Mitgliedschaft erwerben. Anmeldung in allen Verteilungsstellen.

Zittau
Möbel
Spiegel und Polsterwaren jeder Art auch gegen bequeme **Teilzahlung**
1543 kaufen Sie am vorteilhaftesten im
Möbelhaus Rosenbaum
Zittau
innere Oybiner Str. 6
Kredit auch nach auswärts

Radio-Lehmann
Fernspr. 537 **Pirna-Copitz** Hauptstr. 22
Alleinverkauf der Dr. Seibtschen Apparate
Lautsprecher :: Einzelteile :: Kopffernhörer

Gehen Sie
nach dem
Kredithaus Kesten
Weißeritzstraße 36
dort erhalten Sie sämtliche
Textil- und Konfektionsartikel
auf Teilzahlung bei geringer
An- und Abzahlung

Auf Kredit und Barzahlung
Möbel
in jeder Ausführung
Herren- und Wohnzimmer
Speise- und Schlafzimmer
Bunte Küchen
Einz. Möbelstücke
Beleuchtungskörper, Uhren
Damen-Herren
Garderobe
Wäsche und Schuhe
Leichte Zahlungsweise
Fietze
2 Grunaerstr 2
1. u. 2. Etage, am Pirnaischen Platz

Streichfertige Ölfarben
in allen Farbtönen zum Anstrich von Fußböden, Küchenmöbeln, Lauben. Trockene Farben, Schlemmkreide, Malerleim, Schablonen.
1604
Alexander Hauptmann, Freital-Po.
Löwen-Drogerie, gegenüber dem „Gold. Löwen"

Bevorzugt
die erstklassigen, aus bestem Malz und Hopfen hergestellten
Biere
der Bautzener Brauerei
und Malzerei A.-G.

Hermann Graubner, Meißen
1553 Telephon 236.
Destillation und Likörfabrik
Vertriebsstelle:
Harzer Weinbrennerei, Goslar a. Harz

Inseriert in der Arbeiterstimme